

MPunkt

Zur Kritik des Weltanschauungsmarxismus In seinen alten und neuen Verlaufsformen

Inhalt

Vorbemerkungen	S. 02
Der Marxismus-Leninismus	S. 03
Hirschs Materialistische Staatstheorie	S. 09
Hollways Machtkritik	S. 17
Empire & Multitude	S. 21
Wertkritik & Zusammenbruchstheorie	S. 29

Vorbemerkungen

Der folgende Text basiert auf einer stark gekürzten Arbeit, die ich ursprünglich im Rahmen des Wissenschaftsbetriebes geschrieben habe, was man ihm trotz einiger Umarbeitungen auch immer noch anmerken wird. Übermäßig viele Fußnoten und Literaturverweise bitte ich also zu entschuldigen. Inhaltlich wird es im Folgenden um eine Kritik des „Weltanschauungsmarxismus“ gehen. Gemeint ist damit ein Denken, indem Marxismus zu einer Weltanschauung wird, der die Leute sich anschließen sollen. Dementsprechend wird von den besprochenen Autoren, wie zu beweisen sein wird, jedes Phänomen, welches sie festgestellt haben, in das Schema gepresst, für diese Vorhaben nützlich zu sein. Daher kommt in ihren Theorien alles, seien es Kapitalismus und bürgerlicher Staat selbst, sei es die „neoliberale Globalisierung“, sei es die Bewegung gegen sie, immer als einzige Bestätigung der Richtigkeit ihrer marxistischen Weltanschauung vor. Dies soll durch eine Darstellung ihrer Theorien und der darin enthaltenen offensichtlichen Fehler, logische Ungereimtheiten und Widersprüchen aufgezeigt werden. Weil sich alle Theorien selbst im Marxismus verorten, sich jedoch vom Marxismus-Leninismus strikt abgrenzen, ist der Besprechung der einzelnen neomarxistischen Theorien ein Kapitel zum Marxismus-Leninismus vorangestellt. Zum einen, um an Hand seiner noch einmal die grundlegenden Fehler des „Weltanschauungsmarxismus“ aufzuzeigen, zum anderen, damit klar wird, dass die hier kritisierten Neomarxisten, auch wenn sie sich vom Marxismus-Leninismus abgrenzen, dessen Fehler höchstens variieren. Auch wenn sie nicht die Unausweichlichkeit einer siegreichen Revolution behaupten, sie also weder mit dem sicheren Erfolg noch mit der Geschichte auf ihrer Seite argumentieren, so kommen sie z.B. doch nicht ohne eine schlechte Prognose für den Kapitalismus aus, welcher sich in einer (finalen) Krise befinden soll, aus. Noch weniger wollen die besprochenen Neomarxisten darauf verzichten, sich auf eine „reale Bewegung“ positiv beziehen zu können, weshalb sie die tatsächlichen reale Bewegungen, also die Bewegungen gegen „neoliberale Globalisierung“, gegen Sozialabbau und gegen Krieg entsprechend uminterpretieren müssen. Sie betonen daher die Bedeutung der Praxis, damit diese Bewegungen ihre Theorien bestätigen, selbst wenn deren Theorie der ihren widerspricht. Passend dazu wird die (finale) Krise des Kapitalismus als Chance begriffen, dass durch sie eine Dringlichkeit für soziale Bewegung aufkommt. Und so weiter. Die Kapitel können auch einzeln gelesen werden, allerdings sind meine prinzipiellen Kritikpunkte in den ersten beiden Kapiteln zum Marxismus-Leninismus und zur materialistischen Staatstheorie am deutlichsten herausgearbeitet, und ich wiederhole sie nicht in jedem späteren Kapitel.

Der Marxismus-Leninismus

Wenn ich sowohl den Marxismus-Leninismus, als auch die hier besprochenen neomarxistischen Theorien als „Weltanschauungsmarxismus“ bezeichne, beziehe ich mich damit auf einen von Michael Heinrich geprägten Terminus (vgl. Heinrich 2004: 22 ff.)¹, der den dahinter steckenden Gedanken wie folgt ausführt: *„In den vergangenen 120 Jahren wurde Marx ganz unterschiedlich gelesen und verstanden. In der sozialdemokratischen und kommunistischen Arbeiterbewegung galt Marx als der große Ökonom, der die Ausbeutung der Arbeiter, den unvermeidlichen Zusammenbruch des Kapitalismus und die Unausweichlichkeit der proletarischen Revolution nachgewiesen habe. Solche ‚marxistische politische Ökonomie‘ wurde in einen weltanschaulichen Marxismus eingebettet, der zu allen Fragen aus Geschichte, Gesellschaft und Philosophie die Antworten bereits kannte. Dieser allwissende Marxismus war zwar analytisch unbrauchbar, er eignete sich aber hervorragend für Propagandazwecke und als Herrschaftsinstrument gegenüber denen, die die Linie der Partei in Frage stellten.“* (Heinrich 2005: 1)². Benannt sind damit die Grundmotive des Weltanschauungsmarxismus – unvermeidlicher Zusammenbruch des Kapitalismus und unvermeidliche proletarische Revolution -, sowie die Kritik an ihm, dass es in ihn nicht mehr um eine objektive Analyse des Kapitalismus, sondern um die Formulierung einer starren Lehre, der man sich anschließen könne, gegangen sei. Es bleibt im Folgenden jedoch nachzuweisen, wie diese Kritik auf den Marxismus-Leninismus zutrifft und auf welchen Aussagen von Marx/ Engels und Lenin dieser dabei aufbaut.

Feststellen lässt sich, dass sich sowohl der behauptete notwendige Untergang des Kapitalismus, als auch die Unausweichlichkeit einer proletarischen Revolution bereits im „Manifest der kommunistischen Partei“ von Karl Marx und Friedrich Engels finden lassen. Beides wird dabei in einen geschichtlichen Verlauf einsortiert, welcher sich quasi-naturgesetzlich vollzöge: *„Die Geschichte aller bisherigen Gesellschaft ist die Geschichte von Klassenkämpfen. Freier und Sklave, Patrizier und Plebejer, Baron und Leibeigener, Zunftbürger und Gesell, kurz, Unterdrücker und Unterdrückte standen in stetem Gegensatz zueinander, führten einen ununterbrochenen, bald versteckten, bald offenen Kampf, einen Kampf, der jedesmal mit einer revolutionären Umgestaltung der ganzen Gesellschaft endete oder mit dem gemeinsamen Untergang der kämpfenden Klassen.“* (Marx/ Engels 1989: 19 f.)³. Statt sich also auf eine Bestimmung der Spezifika der kapitalistischen Gesellschaft einzulassen, wird eine universale geschichtliche Tendenz behauptet, nach welcher die Produktionsmittel zwangsläufig mit den Produktionsverhältnissen in Konflikt kommen müssten, was den Untergang der jeweiligen Gesellschaft bedeute (vgl. auch kritisch GSP 2-98: 169 ff.⁴, sowie Heinrich 2005: 2). Diese allgemeine Geschichtstendenz falle jetzt auf den Kapitalismus zurück, welcher in seinen Reaktionen zur Behebung der aus dem Widerspruch von Produktivkräften und Produktionsverhältnissen resultierenden Krise nur immer größere Krisen heraufbeschwöre, was nur in seinem Untergang enden könne:

„Unter unsern Augen geht eine ähnliche Bewegung vor. Die bürgerlichen Produktions- und Verkehrsverhältnisse, die bürgerlichen Eigentumsverhältnisse, die moderne bürgerliche Gesellschaft, die so gewaltige Produktions- und Verkehrsmittel hervorgezaubert hat, gleicht dem Hexenmeister, der die unterirdischen Gewalten nicht mehr zu beherrschen vermag, die er heraufbeschwor. Seit Dezennien ist die Geschichte der Industrie und des Handels nur die Geschichte der Empörung der modernen Produktivkräfte gegen die modernen Produktionsverhältnisse, gegen die Eigentumsverhältnisse, welche die Lebensbedingungen der Bourgeoisie und ihrer Herrschaft sind. [...] Die Produktivkräfte, die ihr zur Verfügung stehen, dienen nicht mehr zur Beförderung der bürgerlichen

¹ Michael Heinrich: Kritik der politischen Ökonomie, Stuttgart 2004

² Michael Heinrich: Invaders from Marx, in Jungle World 38/05; online verfügbar unter: www.oekonomiekritik.de/205Invaders%20from%20Marx.rtf; letzter Zugriff am 29.11.2006. Die Seitenangaben beziehen sich auf die Onlineversion.

³ Karl Marx/ Friedrich Engels: Manifest der kommunistischen Partei, Stuttgart 1989

⁴ GegenStandpunkt: Das kommunistische Manifest – Ein mangelhaftes Pamphlet, aber immer noch besser als sein moderner guter Ruf, in GegenStandpunkt 2-98, S. 159 – 190

Eigentumsverhältnisse; im Gegenteil, sie sind zu gewaltig für diese Verhältnisse geworden, sie werden von ihnen gehemmt; und sobald sie dies Hemmnis überwinden, bringen sie die ganze bürgerliche Gesellschaft in Unordnung, gefährden sie die Existenz des bürgerlichen Eigentums. Die bürgerlichen Verhältnisse sind zu eng geworden, um den von ihnen erzeugten Reichtum zu fassen. - Wodurch überwindet die Bourgeoisie die Krisen? Einerseits durch die erzwungene Vernichtung einer Masse von Produktivkräften; andererseits durch die Eroberung neuer Märkte und die gründlichere Ausbeutung alter Märkte. Wodurch also? Dadurch, dass sie allseitigere und gewaltigere Krisen vorbereitet und die Mittel, den Krisen vorzubeugen, vermindert. Die Waffen, womit die Bourgeoisie den Feudalismus zu Boden geschlagen hat, richten sich jetzt gegen die Bourgeoisie selbst.“ (Marx/ Engels: 1989 25 f.).

Statt einer analytischen Bestimmung bieten Marx/ Engels an dieser Stelle also eine sich aus angeblichen historischen Notwendigkeiten ergebende schlechte Prognose über die Zukunft des Kapitalismus, welche jedoch gleichbedeutend mit seiner Kritik sein soll. Gegen den Kapitalismus soll dessen prognostizierter Misserfolg sprechen – die Beurteilung einer Sache wird hier folglich nicht von deren Inhalt, sondern von ihrem Erfolg abhängig gemacht. Dass es dann auch nicht auf eine analytische Bestimmung, sondern auf einen Opportunismus ankommt, sich der historischen Tendenz anzuschließen, liegt auf der Hand⁵. Dieser Appell an den Opportunismus wird im anderen Grundgedanken des Weltanschauungsmarxismus, der Unausweichlichkeit der proletarischen Revolution, fortgesetzt. Schließlich wird innerhalb dieser Weltanschauung das Proletariat als Vollstrecker der historischen Notwendigkeit des bevorstehenden Endes des Kapitalismus vorstellig gemacht: *„Die Waffen [ihre Produktionsmittel; M.D.], womit die Bourgeoisie den Feudalismus zu Boden gerungen hat, richten sich jetzt gegen die Bourgeoisie selbst. Aber die Bourgeoisie hat nicht nur die Waffen geschmiedet, die ihr den Tod bringen [weil jetzt die Produktionsmittel auch den Rahmen der bürgerlichen Gesellschaft sprengen; M.D.]; sie hat auch die Männer gezeugt, die diese Waffen führen werden – die modernen Arbeiter, die Proletarier.“* (Marx/ Engels 1989: 26). Ebenso getrennt von einer inhaltlichen Bestimmung seiner wie bei ihrer Kritik an ihm, wissen Marx/ Engels den Kapitalismus als **historisch notwendiges** Übergangsstadium durchaus zu schätzen. Nicht nur, weil er die Proletarier hervorbringe, die ihn beseitigen würden, sondern auch, weil er ihnen ganz von selbst ihre Ideologien austreibe⁶ und die gewaltigen Produktivkräfte schaffe⁷, welche man übernehmen könne. Weil sie also den Kommunismus wollen, deuten sie, auf Basis ihres Geschichtsdeterminismus⁷, den Kapitalismus dahingehend aus, dass es dessen (historische) Funktion sei, lauter Bedingungen für den Kommunismus zu schaffen.

Selbst wenn also die Arbeiter zu den Waffen gerufen werden, dann nur als Vollstrecker des sich ohnehin vollziehenden Untergangs des Kapitalismus an seinen eigenen Widersprüchen, welche ja auch ihre Waffen sein sollen. Diese Konzeption der Arbeiter hat Folgen für die Theorie. Weil sie als Vollstrecker eines historischen Prozesses aufgefasst werden, können sie nach dieser Vorstellung

⁵ Zur Kritik dieses Gedankens vgl. auch Peter Decker: *Marxismus – Anpassungslehre oder Kritik*, Berlin 1990, S. 1 -3 und S. 5. Diese Vortragsabschrift ist online verfügbar unter:

<http://neoprene.blogspot.de/images/DeckerMarxismusAnpassungslehreoderKritik.doc> ; letzter Zugriff am 29.11.2006.

⁶ *„Die Bourgeoisie kann nicht existieren, ohne die Produktionsinstrumente, also die Produktionsverhältnisse, also sämtliche gesellschaftlichen Verhältnisse fortwährend zu revolutionieren. Unveränderte Beibehaltung der alten Produktionsweise war dagegen die erste Existenzbedingung aller früheren industriellen Klassen. Die fortwährende Umwälzung der Produktion, die ununterbrochene Erschütterung aller gesellschaftlichen Zustände, die ewige Unsicherheit und Bewegung zeichnet die Bourgeoisiepoche vor allen anderen (11) aus. Alle festen eingerosteten Verhältnisse mit ihrem Gefolge von altherwürdigen Vorstellungen und Anschauungen werden aufgelöst, alle neugebildeten veralten, ehe sie verknöchern können. Alles Ständische und Stehende verdampft, alles Heilige wird entweiht, und die Menschen sind endlich gezwungen, ihre Lebensstellung, ihre gegenseitigen Beziehungen mit nüchternen Augen anzusehen.“* (vgl. Marx/ Engels 1989: 22 f.)

⁷ *„Die Bourgeoisie hat in ihrer kaum hundertjährigen Klassenherrschaft massenhaftere und kolossalere Produktivkräfte geschaffen als alle vergangenen Generationen zusammen. Unterjochung der Naturkräfte, Maschinerie, Anwendung der Chemie auf Industrie und Ackerbau, Dampfschiffahrt, Eisenbahnen, elektrische Telegraphen, Urbarmachung ganzer Weltteile, Schiffbarmachung der Flüsse, ganze aus dem Boden hervorgestampfte Bevölkerungen - welches frühere (14) Jahrhundert ahnte, daß solche Produktivkräfte im Schoß der gesellschaftlichen Arbeit schlummerten.“* (Marx/ Engels 1989: 24 f.)

auch gar nicht anders, als die bürgerliche Gesellschaft umzuwerfen: „*Mit der Entwicklung der großen Industrie wird also unter den Füßen der Bourgeoisie die Grundlage selbst weggezogen, worauf sie produziert und die Produkte sich aneignet. Sie produziert vor allem ihre eigenen Totengräber. Ihr Untergang und der Sieg des Proletariats sind gleich unvermeidlich.*“ (Marx/ Engels 1989: 33). Daher müssten auch gar nicht die Inhalte der jeweiligen Kämpfe der Arbeiter untersucht werden, weil diese ohnehin nur unter dem Aspekt interessieren, dass in ihnen das Proletariat automatisch zu sich selbst, also zur Vollstreckung seiner historischen Mission findet (vgl. Marx/ Engels 1989: 27 – 33). Dem entsprechend wird von Marx und Engels auch betont, dass sie gar nichts anderes wollten, als das, was ohnehin bereits vor sich gehe: „*Die Kommunisten sind keine besondere Partei gegenüber den andern Arbeiterparteien. Sie haben keine von den Interessen des ganzen Proletariats getrennten Interessen. Sie stellen keine besonderen Prinzipien auf, wonach sie die proletarische Bewegung modeln wollen. [...] Die theoretischen Sätze der Kommunisten beruhen keineswegs auf Ideen, auf Prinzipien, die von diesem oder jenem Weltverbesserer erfunden oder entdeckt sind. Sie sind nur allgemeine Ausdrücke tatsächlicher Verhältnisse eines existierenden Klassenkampfes, einer unter unseren Augen vor sich gehenden geschichtlichen Bewegung.*“ (Marx Engels 1989: 33 f.).

Folglich pressen sie die Kämpfe der Arbeiter gegen die Unerträglichkeiten des (Früh-)Kapitalismus in ihre Schablone, dass sich diese damit – ohne es selbst zu wissen – zu den „Totengräbern“ des Kapitalismus machen würden (vgl. Marx/ Engels 1989: 27 – 33)⁸. Und nicht nur das: Weil der Kapitalismus dazu führe, dass es tendenziell nur noch zwei Klassen, Bourgeoisie und Proletarier, gäbe (vgl. Marx/ Engels 1989: 20 und 26 ff.), die Proletarier keine Privilegien zum Sichern hätten, und es wegen der schieren Masse der Proletarier bei einer proletarischen Revolution ohnehin nicht um eine neue Form der Ausbeutung der eigentumslosen Mehrheit gehen könne, könnten die Proletarier gar nicht anders, als mit ihrer Revolution den Kommunismus zu erschaffen (vgl. Marx/ Engels 1989: 31 f.).⁹ Auf diese Weise werden Marx und Engels zu so prinzipiellen Anhängern der „realen Bewegung“, wie ihr berühmter Satz: „*Der Kommunismus ist für uns nicht ein Zustand, der hergestellt werden soll, ein Ideal, wonach die Wirklichkeit sich zu richten haben [wird]. Wir nennen Kommunismus die wirkliche Bewegung, welche den jetzigen Zustand aufhebt.*“ (Marx/ Engels 1969: 35)¹⁰ aus der Deutschen Ideologie es bereits vermuten ließ. Diese „reale Bewegung“ müsste man daher lediglich noch mit der Siegesgewissheit, also dem ‚Wissen‘ über den notwendigen Zusammenbruch des Kapitalismus und den Sieg des Proletariats ausstatten. Dies sei also die Aufgabe der Kommunisten, welche dieses ‚Wissen‘ ja bereits besäßen (vgl. Marx/ Engels 1989: 34). Diese Betonung des Primats einer Praxis jenseits des Theoretisierens als das entscheidende Kriterium, welche insofern immer schon geheuchelt war, weil die vorgefundene reale Praxis ja lediglich zur Bestätigung der eigenen Theorie benutzt und entsprechend interpretiert wurde, wurde v.a. von Friedrich Engels teils bis zur Theoriefeindlichkeit verstärkt. Ein bekanntes Beispiel dafür ist, dass er editorisch in die 11. Feuerbachthese: „*Die Philosophen haben die Welt nur verschieden interpretiert, es kömmt drauf an, sie zu verändern*“ (Marx 1969: 7)¹¹ jenes „aber“ einfügte, welches Theorie als Gegenteil der Praxis, auf die es jedoch ankäme, festschrieb (vgl. Heinrich 2004 a: 251)¹². Nicht zuletzt damit trug er entschieden zur Etablierung eines „Weltanschauungsmarxismus“, den es eben nicht um objektive Kritik, sondern um Selbstvergewisserung ging, bei, wurde diese These doch fortan benutzt, um sich unter Berufung auf Marx als Autorität gegen (zuviel) „bloßes Theoretisieren“ zu wenden (vgl. Heinrich 2004 a: 255, sowie Heinrich 2005: 2). Verknüpft wurde dies gerne auch mit dem denunziatorischen Vorwurf des Utopismus, welcher Kritik damit als bloß ausgedacht abwertete, dass sie

⁸ Als historisch notwendige Zwischenstufe erhält der Kapitalismus also auch darin die Bestätigung einer Notwendigkeit. Weil er das Proletariat erst hervorbringe und es zu Kämpfen gegen die ihm aufgemachten Bedingungen zwingt, kommt der Kapitalismus auf diese Weise sogar für die ärmlichen Zustände, welchen er die Arbeiter ausgesetzt hat, noch zu einer Art Lob – die so genannte „Verelendungstheorie“.

⁹ Auch hier wird der Kapitalismus wieder unter dem interessierten Blickwinkel interpretiert, was er für den erhofften Kommunismus leiste.

¹⁰ Karl Marx/ Friedrich Engels: Die deutsche Ideologie, in MEW 3, Berlin 1969, S. 9 - 530

¹¹ Karl Marx: Thesen über Feuerbach, in MEW 3 a.a.O., S. 5 - 7

¹² Michael Heinrich: Praxis und Fetischismus, in: Kirchoff et. al (Hg): Gesellschaft als Verkehrung, Freiburg 2004 a, S. 249 – 270

sich nicht auf die Vollstreckung der ohnehin vorhandenen Geschichtstendenz berufen könne (vgl. Decker 1990: 3 f.).

In diese Tradition des „Weltanschauungs-marxismus“ stellte sich auch Lenin, welcher ihn zudem weiter ausbaute: *„Die Lehre von Marx ist allmächtig, weil sie wahr ist. Sie ist in sich geschlossen und harmonisch, sie gibt den Menschen eine einheitliche Weltanschauung [...]“* (Lenin 1971: 17)¹³. Behauptet wird also, dass das marxische Gesamtwerk mit all seinen Wendungen und in all seiner Bruchstückhaftigkeit eine einheitliche Lehre ergäbe (vgl. kritisch Heinrich 2005: 2). Als wesentlichen Teil dieser wird von Lenin dann der Geschichtsdeterminismus präsentiert, welcher jetzt endgültig als Naturgesetz präsentiert wird: *„Marx, der den philosophischen Materialismus vertiefte und entwickelte, führte in zu Ende und dehnte dessen Erkenntnis der Natur auf die Erkenntnis der menschlichen Gesellschaft aus. Der historische Materialismus von Marx war eine gewaltige Errungenschaft des wissenschaftlichen Denkens. Das Chaos und die Willkür die bis dahin in den Anschauungen über Geschichte und Politik geherrscht hatten, wurden von einer erstaunlich einheitlichen und harmonischen wissenschaftlichen Theorie abgelöst, die zeigt, wie sich aus einer Form des gesellschaftlichen Lebens, als Folge des Wachstums der Produktivkräfte, eine andere, höhere Form entwickelt – wie zum Beispiel aus dem Feudalismus der Kapitalismus hervorgeht.“* (Lenin 1971: 18 f.). Andererseits wollte Lenin ja gerade nicht warten, bis die Geschichte automatisch zur kommunistischen Revolution führt, sondern er wollte diese machen. Insofern konnte er auch keineswegs davon ausgehen, dass die Arbeiter von selbst revolutionär werden würden, sondern er musste es sich zur Aufgabe machen, diese für eine Revolution zu agitieren. Weil er jedoch, dem „Weltanschauungs-marxismus“ verpflichtet, vom Gedanken einer automatischen Bewusstseinsbildung nicht lassen wollte¹⁴, musste er zu dem Schluss kommen, dass das Bewusstsein der Arbeiter dann automatisch nicht-revolutionär, sondern „trade-unionistisch“ wäre. Weil nur die Intelligenz sich von sich aus zum sozialistischen Bewusstsein vorarbeiten könne, wäre es daher deren Aufgabe, dieses in das Proletariat zu tragen (vgl. Lenin 1951: 66)¹⁵. Auf diese Weise bringt er Determinismus und Agitation unter einem Hut.

Während er also in der Frage der Unausweichlichkeit der proletarischen Revolution Abstrichen macht, welche aber immer noch dem Geschichtsdeterminismus verhaftet bleiben, betont er den notwendigen Zusammenbruch des Kapitalismus umso stärker. Dafür weist er diesem mit dem Imperialismus eine neue Phase zu, welche nun endgültig seine letzte sein müsse: *„Aus allem, was über das ökonomische Wesen des Imperialismus gesagt wurde, geht hervor, dass er charakterisiert werden muss als Übergangskapitalismus oder, richtiger, als sterbender Kapitalismus.“* (Lenin 1971 a: 283)¹⁶. Durch das Eintreten in seine imperialistische Phase sterbe der Kapitalismus also einerseits weg, biete jedoch andererseits die Möglichkeit des Übergangs in den Sozialismus. Dies macht Lenin daran fest, dass das Merkmal des Imperialismus die Monopolisierung wäre. Als solche bedeute er die Vergesellschaftung der Produktion unter Beibehaltung der privaten Aneignung der Gewinne. Die Gewinne würden zudem auf Grund der Monopolisierung immer weniger Menschen zu Gute kommen und vornehmlich nicht mehr aus der auf Konkurrenz basierenden Warenproduktion, sondern aus der Finanzspekulation entspringen (vgl. Lenin 1971 a: 198 ff.). Auf diese Weise ordnet Lenin also die monopolistischen Entwicklungen seiner Zeit in das Schema vom Widerspruch zwischen Produktivkräften und Produktionsverhältnissen ein. Weil die gesellschaftliche Produktion schon (quasi-)sozialistisch wäre, würde sie sich nicht mehr mit der privaten Aneignung der Gewinne vereinbaren können. Die privateigentümliche Einschränkung der vergesellschafteten Pro-

¹³ Wladimir Iljitsch Lenin: Drei Quellen und drei Bestandteile des Marxismus, in: ders.: Ausgewählte Werke, Moskau 1971, S. 17 - 22

¹⁴ *„Genauso wie die Erkenntnis des Menschen die von ihm unabhängig existierende Natur, d.h. die sich entwickelnde Materie widerspiegelt, so spiegelt die gesellschaftliche Erkenntnis des Menschen (d.h. die verschiedenen philosophischen, religiösen, politischen usw. Anschauungen und Lehren) die ökonomische Struktur der Gesellschaft wider.“* (Lenin 1971: 19)

¹⁵ Wladimir Iljitsch Lenin: Was tun?, Berlin 1951

¹⁶ Wladimir Iljitsch Lenin: Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus, in: ders.: Ausgewählte Werke, a.a.O., S.183 - 285

duktion wäre daher notwendig zum Untergang verdammt: „[...] dann wird es offensichtlich, dass wir es mit einer Vergesellschaftung der Produktion zu tun haben [...]; daß privatwirtschaftliche und Privateigentumsverhältnisse eine Hülle darstellen, die dem Inhalt bereits nicht mehr entspricht und die daher unvermeidlich in Fäulnis übergehen muß, wenn ihre Beseitigung künstlich verzögert wird, eine Hülle, die sich zwar verhältnismäßig lange in diesem Fäulniszustand halten kann (wenn schlimmstenfalls die Gesundung von dem opportunistischen Geschwür auf sich warten lassen sollte), die aber dennoch unvermeidlich beseitigt werden wird.“ (Lenin 1971 a: 284).

Weil Lenin allerdings nicht auf das Ableben des Kapitalismus setzen wollte, sondern die Prognose von dessen bevorstehenden Ende ausgerechnet dafür sprechen sollte, gegen ihn zu kämpfen, vollzieht er einen weiteren Übergang. Für den Kampf gegen den Kapitalismus soll dann nicht mehr nur sprechen, dass dieser wegen seines imperialistischen Stadiums ohnehin dem Untergang geweiht sei, sondern auch, dass dieser moralisch unhaltbar geworden sei. Das lässt sich daran festmachen, dass Lenin dem imperialistischen Kapitalismus „Parasitismus“ (Lenin 1971 a: 260) vorwirft, gerade weil er nicht mehr funktioniere. Selbst Fortschritte in der Produktivkraftentwicklung würden mangels Konkurrenz aufgehalten werden, damit sich die Monopolisten bereichern können (vgl. ebd.). Diese werden folgerichtig als besonders unproduktiv, eben als Parasiten gebrandmarkt, gegen die es vorzugehen gälte: „Daraus ergibt sich das außergewöhnliche Anwachsen der Klasse oder, richtiger, der Schicht der Rentner, d.h. Personen, die vom ‚Kuponschneiden‘ leben, Personen, deren Beruf der Müßiggang ist.“ (Lenin 1971 a: 261). Nicht die Art und Weise der kapitalistischen Reichtumsproduktion wurde also von Lenin kritisiert, sondern lediglich die private Aneignung des Reichtums durch einige „Müßiggänger“. Ohne diese würde nämlich die gleiche Art und Weise der Reichtumsproduktion **besser** funktionieren. Diese Müßiggänger beiseite zu schieben, um die von ihnen beschränkte gesellschaftliche Produktion von ihnen als Schranke zu befreien, wäre zudem eine Dringlichkeitsfrage. Zum einen, weil die Lebenslage durch die „Parasiten“ immer schlechter werden würde (vgl. Lenin 1971 a: 199), zum anderen, weil der Imperialismus zwingend zu Kriegen führen müsse. Diese würden aus der Konkurrenz der Staaten um die bereits aufgeteilten Kolonien als Rohstoffquellen, welche sie als Instrumente ihrer Monopole betrieben, resultieren (vgl. Lenin 1971 a: 246 ff., sowie ebd.: 251 und 258 ff.).

Zusammenfassend lässt sich über die definitorischen Kernbestandteile des Marxismus-Leninismus also aussagen, dass diese allesamt auf dem Gedanken eines sich (quasi-)naturgesetzlich vollziehenden Geschichtsprozesses beruhen, welcher notwendig zum Kommunismus führen und den man also nur noch vollstrecken müsse. Ein wesentlicher Bestandteil dessen ist, dass der Kapitalismus im Zuge dieses Geschichtsprozesses notwendig an seinen eigenen inneren Widersprüchen scheitern müsse. Der Marxismus-Leninismus befasste sich also weniger damit, wie der Kapitalismus funktioniert, sondern mit dem Hinweis darauf, dass er (angeblich) nicht mehr viel länger funktionieren könne. Diese schlechte Zukunftsprognose für ihn war folglich die Hauptkritik an ihm. Besonders bei Lenin wurde ausgerechnet der prognostizierte Zusammenbruch des erklärten Gegners dann zum Grund selbst, gegen diesen zu kämpfen. Dabei wurde zum einen mit der von ihm ausgehenden Kriegsnotwendigkeit und zum anderen mit einer weiteren Verschlechterung der materiellen Lebensumstände (vgl. Lenin 1971 a: 199) argumentiert. Durch die Betonung, dass **besondere** Unangenehmlichkeiten notwendig aus der finalen Krise des Kapitalismus resultieren würden, sollte also zum Kampf gegen den Kapitalismus aufgestachelt werden. Wenn diese zum Argument gegen den Kapitalismus gemacht werden, um eine Bewegung zu gewinnen, liegt auch der Übergang nahe, dieser Schuldige zu präsentieren. Die ohnehin karge Analyse wird dann endgültig zu einem rein moralischen Vorwurf an „Parasiten“, die nicht einmal mehr im kapitalistischen Sinne produktiv wären.

Andererseits wusste der Marxismus-Leninismus den Kapitalismus, auch das unabhängig von einer inhaltlichen Analyse seiner Funktionsweise, als historisch notwendiges Übergangsstadium durchaus zu schätzen. In der Hoffnung, die Vollstrecker eines sich selbstständig vollziehenden Geschichtsprozesses zu sein, haben die Marxisten-Leninisten die bürgerliche Gesellschaft dahingehend inter-

pretiert, dass diese ihnen lauter Bedingungen für den Kommunismus herstelle¹⁷. Darunter fallen sowohl die Annahme von Marx/ Engels, dass der Kapitalismus die Ideologien beseitige, als auch das Lob für ihn dafür, dass er kolossale Produktivkräfte bereitstelle. Wichtiger als diese beiden Bedingungen ist innertheoretisch jedoch die Annahme, dass es den Kapitalismus geben müsse, damit er die Arbeiterklasse als seine „Totengräber“, sowie als Verwirklichende des Kommunismus produziere. Auch hier wurde also damit Werbung für die eigene Sache gemacht, dass man im Kampf für sie im Dienste einer höheren Sache stehe und damit den Sieg sicher auf seiner Seite habe. Diese inhaltsleere Ermutigung für soziale Kämpfe war dem anderem Schluss, den Marx und Engels aus der vermeintlichen historischen Mission der Arbeiterklasse zogen, auch sehr angemessen. Weil sie davon ausgingen, dass die Arbeiterbewegung den Kapitalismus geschichtsnotwendig stürzen müsse, galt ihnen, von den Gründen der jeweils Kämpfenden abstrahierend, jeder Arbeiterkampf als Schritt zu diesem Ziel hin. Lenin hingegen setzte darauf, dass die Arbeiter von sich aus kein sozialistisches Bewusstsein entwickeln könnten, dieses aber notwendig sei¹⁸, weshalb man es ihnen bringen müsse. Weil er (und seine Anhänger) jedoch, darin Marx und Engels folgend, an einem prinzipiell positiven Bezug auf „reale Bewegung“ und der Einbeziehung möglichst Vieler in diese festhielten (vgl. Lenin 1951: 95 ff.), bekamen sie es mit einem theoretischen Widerspruch zu tun, den sie praktisch auflösten. So unterstützten sie gewerkschaftliche und reformistische Kämpfe, wandten sich aber zugleich gegen die Beschränktheit von deren Forderungen (vgl. Lenin 1951: 92 – 102). Was theoretisch unvereinbar ist (entweder man hält ein Ziel für gut begründet oder nicht), wurde von ihnen praktisch vereinbart. An die Forderungen der Kämpfenden anknüpfend, statt sie kritisierend, sollten ihnen die weitergehenden Forderungen der Bolschewiki vermittelt werden. Dabei konnte es nicht ausbleiben, dass abgewogen wurde, welche Kritik und welche Forderung denn zu diesem Zeitpunkt schon angemessen für die Bewegung wäre (vgl. kritisch Decker/ Hecker 2002: 273 f.)¹⁹. Theoretisch legitimiert wurde dieses Vorgehen schließlich damit, dass die Forderungen, weil man an ihnen anknüpfen könne²⁰, auch immer schon Schritte in Richtung sozialistisches Bewusstsein wären (vgl. 1951: 92 - 102 besonders 98 ff.). Auf diese Weise schaffte es auch der Leninismus, sich trotz der Kritik am Bewusstsein der Bewegungen, affirmativ auf diese zu beziehen.

¹⁷ Sie haben also ein sachfremdes Kriterium an ihn angelegt.

¹⁸ „Ohne eine revolutionäre Theorie kann es auch keine revolutionäre Bewegung geben.“ (Lenin 1951: 59)

¹⁹ Peter Decker/ Konrad Hecker: Das Proletariat: München 2002

²⁰ Diese Erklärung ist selbstverständlich nicht zu halten. Man knüpft schließlich am gleichen Problem an und bietet eine **andere** Erklärung und daraus abgeleitete Forderung für dieses an. Der Anknüpfungspunkt kann also logisch stringent nicht die bisherige Forderung sein.

Hirschs Materialistische Staatstheorie

Die „materialistische Staatstheorie“, die ich an Hand ihres bekanntesten deutschen Vertreters, Joachim Hirsch besprechen werde, verweist, wenn es um das Verhältnis von bürgerlichen Staat und kapitalistischer Gesellschaft geht, auf dessen historische Besonderheit, welche darin bestehe, dass Herrschaft (im Staat) getrennt von Ökonomie und Gesellschaft existiere; im Gegensatz beispielsweise zum Feudalismus, wo im Feudalherren politische und ökonomische Macht zusammenfielen (vgl. Hirsch 2002: 18)²¹. Erst in dieser Trennung der politischen Herrschaft von der ökonomischen, könne man überhaupt vom Staat sprechen. Diese Trennung folgt laut Hirsch logisch aus der kapitalistischen Gesellschaft. Ein freier Verkauf der Arbeitskraft wäre unmöglich, wenn die Kapitalisten auch die politische Gewalt innehätten, die Arbeiter also zu unentgeltlicher Arbeit zwingen könnten (vgl. Hirsch 2002: 21, sowie Hirsch 2005: 23)²². Dementsprechend hält Hirsch fest, dass der Staat zur Herausbildung des Kapitalismus nötig war, weil es ohne ihn keine freien Lohnarbeiter gegeben hätte (vgl. Hirsch 2002: 21 f.) und auch historisch verweist er darauf, dass die Gewaltmonopole den Kapitalismus erst hervorgebracht hätten (vgl. Hirsch 2002: 15). Hier kommen jedoch die ersten logischen Schwierigkeiten in dieser Theorie auf. Der Staat wird daraus hergeleitet, dass er für den Kapitalismus notwendig wäre; andererseits soll er historisch schon vor dem Kapitalismus bestanden haben und logisch dessen Voraussetzung sein. Diesen logischen Widerspruch löst er nur scheinbar auf, indem er das logische Verhältnis von Staat und kapitalistischer Gesellschaft schlicht auf eine wechselseitiger Beeinflussung herunterbricht (vgl. Hirsch 2002: 24), dementiert er damit doch seine ganze Ableitungslogik gleich selbst wieder. Um das Verhältnis von Staat und Kapitalismus auf die letztlich nichts erklärende Formel der ‚wechselseitige Beeinflussung‘ zu bringen, muss er nämlich behaupten, dass beiden zunächst voneinander unabhängig seien; der Staat wäre eine parallele (!) soziale Form zur ökonomischen Form des Werts, mit der er sich zur bürgerlichen Gesellschaft zusammensetze (vgl. Hirsch 2002: 22). Die formale Identität von Staat und Wert wird von Hirsch darin gesehen, dass beide – wenn auch hinter deren Rücken – eine reale Gemeinschaftlichkeit zwischen den bürgerlichen Konkurrenzsubjekten herstellen würden. So heißt es bei ihm z.B. zum Staat: *„Der Staat ist nicht nur Zwangsapparat, sondern in ihm drückt sich, da er scheinbar über der Konkurrenz und den sozialen Kämpfen steht, zugleich – wenn auch in einer verfremdeten und verobjektivierten Weise – die politische Gemeinschaftlichkeit der Gesellschaft aus.“* (Hirsch 2002: 23) Womit die Selbstwidersprüchlichkeit seiner Theorie aber nur auf eine neue Ebene gehoben wäre. Auch diese neue Ableitung von Staat (und Wert) hat nämlich beide bereits zu ihrer Voraussetzung – ohne sie gäbe es nämlich gar keine bürgerlichen Konkurrenzsubjekte.

Nun sind Hirschs Parallelen ganz besondere – sie schneiden sich nämlich ständig, wie es in seiner Formel von der ‚wechselseitigen Beeinflussung‘ ja auch schon angedeutet ist. Diese Formel begründet Hirsch damit, dass der Staat den Kapitalismus vor dessen eigenen, ihm immanenten, Widersprüchen schützen müsse. Daher wäre der Kapitalismus auf den Staat angewiesen, andererseits hänge jedoch auch dieser umgekehrt vom Kapitalismus ab. Schließlich stelle dieser seine materielle Grundlage bereit (vgl. Hirsch 2002: 23 f., sowie Hirsch 2005: 27 f.), weil er der Staat seine Finanzmittel aus der Besteuerung des kapitalistischen Geschäfts (der Gewinne, der Löhne, der Waren ...) beziehe (vgl. Hirsch 2002: 29 f.). Dieses Eingreifen des Staates in den Kapitalismus, um diesen als seine materielle Grundlage zu erhalten, wird von Hirsch als „Regulation“²³ (vgl. ebd.) bezeichnet. Damit aber nicht genug. Das konstatierte wechselseitige Beeinflussungsverhältnis zwischen Staat und Gesellschaft soll auch daraus resultieren, dass der Staat nicht a priori gegeben sei, sondern er, ebenso wie seine Änderungen, erst als Resultat sozialer Kämpfe entstehe²⁴ (vgl. Hirsch 2002: 24), was Hirsch endlich zu folgendem Schluss bringt: *„,Staat‘ und ‚Gesellschaft‘ bilden so eine wider-*

²¹ Joachim Hirsch: Herrschaft, Hegemonie und politische Alternativen; Hamburg 2002

²² Joachim Hirsch: Materialistische Staatstheorie; Hamburg 2005

²³ Die Details zur Theorie der Regulation werden in dieser Arbeit ausgespart, weil sie selbst theorieimmanent allein zur Analyse des je spezifischen Verhältnisses von Staat und Kapitalismus nötig sind und nicht für dessen allgemeinen Begriff, um den es hier jedoch gehen soll.

²⁴ Zur Erinnerung: Erst war Joachim Hirsch der bürgerliche Staat noch die logische Voraussetzung für den Kapitalismus, jetzt entsteht er erst aus sozialen Kämpfen, welche die kapitalistischen Konkurrenzsubjekte führen.

sprüchliche Einheit, in der beiden Bereichen eine ‚relative Autonomie‘“ zukommt.“ (Hirsch 2002: 25). „Relative Autonomie“ des Staates heißt dabei, dass der Staat ein „soziales Verhältnis zwischen Individuen, Gruppen und Klassen“ (Hirsch 2002: 26; gleichlautend: Hirsch 2005: 30), aber genauer: die „materielle Verdichtung eines sozialen Kräfteverhältnisses“ (Poulantzas, zit. Hirsch 2002: 26), sei. Während das „soziale Verhältnis“ für die Relativität der Autonomie des Staates steht, weil er kein davon unabhängig agierendes Subjekt ist, steht die „materielle Verdichtung“ für die Autonomie des Staates selbst, ist er doch nach dieser Theorie z.B. sozialen Kämpfen nicht einfach nur ausgeliefert. Vielmehr wäre er auch in der Lage, diese zu unterdrücken, oder einzubinden und sie auf die Weise zu spalten und zu transformieren. Daher stellt sich das Verhältnis zwischen Staat und kapitalistischer Gesellschaft theorieimmanent so dar, dass Veränderungen in den gesellschaftlichen Kräfteverhältnissen auf den Staat einwirken, aber in einer durch ihn gebrochenen Form, wodurch in ihm die für den Erhalt der kapitalistischen Gesellschaft notwendigen Kompromisse erzielt werden können (vgl. Hirsch 2005: 27).

Der von Hirsch behauptete Widerspruch (vgl. Hirsch 2002: 25) besteht freilich trotzdem nicht zwischen „Staat“ und „Gesellschaft“, die an dieser Stelle bei Hirsch ohnehin nur noch in Anführungsstrichen vorkommen, sondern allein in dessen Theorie über sie. Aber um des Gedankens der „relativen Autonomie“ willen, scheint er diesen Selbstwiderspruch gerne in Kauf zu nehmen bereit; ebenso wie den schon altbekannten Widerspruch, dass er den Staat aus gesellschaftlichen Kämpfen erklärt – gesellschaftlichen Kämpfen freilich, die schon eine vom Staat geschaffene bürgerliche Gesellschaft zur Voraussetzung haben. Spätestens an dieser Stelle merkt man, dass Joachim Hirsch die Bestimmung seines Gegenstands an seinem Interesse an ihm ausrichtet. Worin besteht also der Zweck, eine (nur) „relative Autonomie des Staates“ zu behaupten? Um diese Frage klären zu können, muss noch ein weiterer Aspekt seiner Theorie herangezogen werden, nämlich dass er ausgerechnet im Staat, der – wie er selbst sagt, nötig ist, um den Kapitalismus zu erhalten und dies auch zum Ziel hat -, etwas Antikapitalistisches entdeckt haben will. Dies lässt sich schon an seiner Ursachenforschung für die sozialen Kämpfe entnehmen, welche zu der Erklärung kommt, dass „[d]er Widerspruch zwischen freien und gleichen Staatsbürgern und unfreien und ungleichen Angehörigen einer Klassengesellschaft [...] der Motor für die sozialen Kämpfe, die immer wieder zum Staat führen, [ist].“ (Hirsch 2002: 25). Neben dem bereits wohlbekannten Widerspruch, dass der Staat aus den Kämpfen seiner Staatsbürger hergeleitet wird, wo er doch erst nötig ist, um sie überhaupt zu Staatsbürgern zu machen, kann man der zitierten Stelle nämlich entnehmen, dass Hirsch sich in diesem vermeintlichen – dazu später mehr – Widerspruch auf die Seite der Freiheit und Gleichheit, also die des Staatsbürgers, und somit tendenziell auch die des Staates, auf einmal angeblich gegen den Kapitalismus, schlägt. Noch deutlicher wird dies in Zusammenhang mit folgender Aussage von ihm, in welcher er sich ganz klar zu Freiheit und Gleichheit bekennt und diese mindestens ein gutes Stück weit im demokratischen Staat verwirklicht sieht, welcher daher dafür zu loben sei: „*Gemessen an früheren Zuständen bedeutet die Durchsetzung dieser bürgerlichen Demokratie zweifellos einen Fortschritt bei der Verwirklichung von allgemeiner Freiheit und Gleichheit.*“ (Hirsch 2002: 13).

Statt also, wie es bei ihm ebenfalls, in seinen funktionalistischen Abschnitten, anklingt, Staat, Kapitalismus und die staatsbürgerlichen Konkurrenzsubjekte als verschiedene Teile einer Einheit zu sehen, führt Hirsch hier also eine normative Hierarchisierung zwischen ihnen ein. In dieser hebt er zunächst die Staatsbürger, welche für ihre Freiheit und Gleichheit antreten, gegen den Kapitalismus, in dem sie vermeintlich als Unfreie und Ungleiche vorkommen, hervor. Diese sozialen Kämpfe will er dann auch nicht mehr wirklich kritisieren, auch wenn sie immer wieder beim Staat landen, eben weil sie ihn demokratisiert und somit in ihm wenigstens teilweise Freiheit und Gleichheit verwirklicht hätten. Womit sich dann auch mindestens der demokratische Staat für ihn positiv vom Kapitalismus abhebt und nur noch dafür zu kritisieren ist, dass er wegen seiner notwendigen Verhaftung im Kapitalismus Freiheit und Gleichheit nicht vollständig verwirklichen könne: „*Dieser Fortschritt hat allerdings seine Grenzen. [...] Das heißt, dass das, was innerhalb der bürgerlichen Demokratie an ‚Freiheit‘, ‚Gleichheit‘ und ‚Selbstbestimmung‘ verwirklicht ist, strukturell immer auf gesellschaftlicher Unfreiheit, Ungleichheit und Fremdbestimmung beruht.*“ (Hirsch 2002: 13). Zu loben

ist der bürgerlich-demokratische Staat also dieser Theorie gemäß dafür, dass er überhaupt Freiheit und Gleichheit in sich verwirklicht; zu kritisieren ist er dafür, dass er den Kapitalismus erhalten will, da dieser seine materielle Grundlage darstellt, und somit das Privateigentum an Produktionsmitteln samt der damit einhergehenden „Unfreiheit“ und „Ungleichheit“ der politischen Willensbildung entzieht (vgl. Hirsch 2002: 13). Für dieses Lavieren braucht Hirsch, der den demokratischen Staat zwar kritisieren will, jedoch von einem positiven Bezug auf die Demokratie nicht lassen möchte, sein Theorem von der „relativen Autonomie des Staates“. Das „Relative“ steht dann dafür, dass der demokratische Staat Ausdruck von sozialen Kämpfen (also gut) sei, und somit auch Garant für Freiheit und Gleichheit (erst recht gut) agiere; die „Autonomie“ hingegen steht dafür, dass er sich soweit von den Kämpfen abkoppeln könne, dass er den Kapitalismus (also schlecht) und damit auch Unfreiheit und Ungleichheit (erst recht schlecht) gegen sie bewahre²⁵. Umgekehrt steht das „Relative“ auch dafür, dass der Zweck, den Kapitalismus zu schützen, Einfluss auf das Staatsprogramm hat, während die Autonomie dafür steht, dass der Staat nicht nur schlichtes Instrument des Kapitals, also durch entsprechende Kämpfe auch noch anderweitig nutzbar, sei. Auf diese Weise bringt Hirsch auch die widersprüchlichen Aussagen zusammen, einerseits, wenigstens implizit, sich auf die Seite der Staatsbürger in den sozialen Kämpfen zu schlagen und gleichzeitig zu warnen, dass sich Revolutionäre der Form Staat bewusst sein müssten und diesen nicht einfach für ihre Zwecke, nämlich für die Abschaffung des Kapitalismus, nutzen könnten, weshalb es mit ihr zu brechen gälte (vgl. Hirsch 2002: 35).

Ein ähnliches, von Widersprüchen nur so wimmelndes Wirrwarr lässt sich auch bei Hirschs Analyse der „neoliberalen Globalisierung“ feststellen. Bei dieser geht er zunächst von einer neuen Phase des Kapitalismus aus, welche in den 1980ern begonnen habe, und die als „postfordistische“ zu bezeichnen sei (vgl. Hirsch 2002: 99). Diese wäre von den neoliberalen Regierungen und den transnationalen Konzernen durchgesetzt wurden, um mit dem keynesianischen Kompromiss zu brechen, und somit (wieder) eine höhere Profitrate zu ermöglichen (vgl. Hirsch 2002: 99 f.). Mit dem populären Terminus „Globalisierung“ sei diese Entwicklung nur ungenügend getroffen, weil der Kapitalismus immer schon global agiere. Neu wäre vielmehr die Art und Weise der internationalen Arbeitsteilung, welche nunmehr auf einer gezielten Ausnutzung der jeweils besten Bedingungen weltweit für die Produktion der Ware und ihrer Einzelbestandteile, beruhe (vgl. Hirsch 2002: 100 f.). Auch der Staat verschwinde nicht etwa, wie oft in der Globalisierungsdebatte behauptet, sondern er transformiere sich lediglich: *„Gegen die Thesen von einem allgemeinen ‚Souveränitätsverlust oder gar eines allmählichen Verschwinden des Staates muss festgehalten werden, dass es sich bei den aktuellen Entwicklungen eher um einen Transformationsprozess staatlicher Strukturen handelt, der sowohl die sozial-räumliche Konfiguration der politischen Apparatur als auch die Art und Weise der durch sie institutionalisierten Klassenverhältnisse verändert. Der Staat als Ausdruck des kapitalistischen Klassenverhältnisses verschwindet dabei keineswegs, verändert aber seine Strukturen und Funktionen wesentlich.“* (Hirsch 2002: 10, vgl. auch Hirsch 2004: 298 f.)²⁶. Der Staat falle also als Regulationsinstanz nicht aus (vgl. Hirsch 2002: 101), sondern konzentriere sich jetzt lediglich auf das Schaffen von möglichst günstigen Verwertungsbedingungen für das Kapital (vgl. Hirsch 2002: 110), was allgemein unter dem Stichwort „Standortpolitik“ behandelt wird. Auch wären die Märkte

²⁵ Warum Freiheit, Gleichheit und Kapitalismus zusammengehören, erklärt Albert Krölls in: Albert Krölls: Freiheit, Gleichheit, Eigentum, Sozialstaat – So gut wie ihr Ruf?; Bremen 2002. Und selbst Hirsch könnte das Wissen, wenn er sich an seine funktionalistische Staatsableitung erinnern würde, dass der Staat als über den ökonomische Klassen stehende Macht notwendig ist, damit der Arbeiter frei(!) dazu ist, seine Arbeitskraft zu verkaufen. Aber diese Ableitung opfert Joachim Hirsch eben seinem Interesse, für die aktuellen Bewegungen zu werben (dazu später mehr). Zumal sich die Kritik an den Schädigungen durch den Kapitalismus auch ganz ohne den Rückgriff auf „Freiheit“ und „Gleichheit“ formulieren ließe. Es ist allemal ein schädliches Verhältnis, darauf angewiesen zu sein, die eigene Arbeitskraft verkaufen zu müssen. Gelingt es, wird man für die Mehrung von fremden Reichtum vernutzt, gelingt es nicht, hat man keine Mittel an sämtlich Güter heranzukommen. An diesem Verhältnis ausgerechnet „Unfreiheit“ und „Ungleichheit“ festhalten zu wollen, zeugt daher davon, dass es lediglich an den bürgerlichen Werten von „Freiheit“ und „Gleichheit“ blauiert werden soll. Für diese sollen dann, wie noch zu zeigen sein wird, der Sozialismus und die Bewegung stehen, weswegen die Bewegung auch ganz getrennt von ihren Inhalten sozialistisch sein soll.

²⁶ Joachim Hirsch: Globalisierung und Internationalisierung des Staates - eine Herausforderung für die materialistische Staatstheorie; in: Kirchhoff et. al (Hg): Gesellschaft als Verkehrung; Freiburg 2004, S. 291 - 314

daher nicht von der Politik entkoppelt, sondern von ihr hergestellt (vgl. Hirsch 2002: 112). Auch hier kommt Hirsch jedoch mit seinem Interesse, die aktuellen Entwicklungen an den Idealen der bürgerlichen Gesellschaft blamieren zu wollen, selbst seiner eigenen Kritik in die Quere. Dieses Mal ist es der Höchstwert Demokratie, welcher verletzt werden soll.

Hatte Hirsch auch schon bei der allgemeinen Bestimmung des Staates – ähnlich wie bei der Freiheit und Gleichheit – bemängelt, dass sie in ihm nicht voll verwirklicht wäre, weil das Privateigentum an Produktionsmitteln der politischen, und somit der demokratischen, Entscheidung entzogen wäre (vgl. Hirsch 2002: 12), lässt er jetzt endgültig die Alarmglocken schrillen: Im Postfordismus würde selbst die erreichte Verwirklichung der Demokratie zurückgenommen werden. Als Belege dafür führt er unter anderem auf, dass die Staaten, indem sie sich gegenseitig als Standorte für das Kapital nieder konkurrieren, die materielle Basis für demokratische Entscheidungen [über Umverteilung?] aufgeben, sowie ihre Politik zunehmend von den transnationalen Konzernen bestimmen lassen würden, wodurch der Einfluss des Volkes schwände (vgl. Hirsch 2002: 106). Oder in Hirschs eigenen Worten: *„Mit der Durchsetzung des neoliberalen Globalisierungsschubs haben die Staaten ihre wirtschaftlichen und sozialpolitischen Spielräume und in diesem Sinne ihre ‚Souveränität‘ erheblich beschnitten.“* (Hirsch 2002: 106) und noch deutlicher: *„So scheint die Gestalt des Staates als ‚souveräner‘ und in diesem Sinne überhaupt erst ‚demokratisierbarer‘ Inhaber des ‚Gewaltmonopols‘ [...] endgültig der Vergangenheit anzugehören.“* (Hirsch 2002: 106 f.). Hinzu käme, dass durch den Wegfall der Möglichkeit einer materiellen Einbindung seiner Bürger, der Staat zunehmend repressiver werden müsse (vgl. Hirsch 2001: 134)²⁷, woran Hirsch auch wieder eine Entdemokratisierung festhalten möchte: *„Staat als Herrschaftsapparat und Demokratie, verstanden als gesellschaftliche Selbstbestimmung, entkoppeln sich weiter.“* (Hirsch 2001: 134 f.) Wenn es darum geht, eine Entwicklung als ‚antidemokratisch‘, also als Verstoß gegen einen bürgerlichen Höchstwert zu brandmarken, bedeutet sie dann auf einmal doch den Souveränitätsverlust des Staates, auch wenn diese These vorher von ihm entschieden zurückgewiesen wurde. Nun ruft Joachim Hirsch nicht einfach zur Verteidigung der bürgerlichen Demokratie auf. Nein, gerade in deren angeblicher Beseitigung durch den Postfordismus sieht er die Chance, dass jeder Demokratieliebhaber doch jetzt, wo sich für die und mit der Demokratie im Nationalstaat ohnehin nichts mehr hohlen lasse, doch endgültig zur Besinnung kommen müsse. Weil die Demokratie im Nationalstaat nicht mehr ginge, soll sie gleich von dessen Schranken, also der Unantastbarkeit des Privateigentums an Produktionsmitteln, befreit werden: *„Mit der Globalisierung des Kapitalismus stellt sich die ‚demokratische Frage‘ historisch in einer ganz neuen Weise. Und sie fordert Antworten, die im theoretischen Fundus des 18. und 19. Jahrhunderts kaum zu finden sein werden. Es geht darum, ob die herkömmlichen liberaldemokratischen Institutionen und Verfahren auf nationalstaatlicher Ebene überhaupt noch eine Zukunft haben und welche Möglichkeiten es für eine demokratische Politik jenseits des kapitalistischen, zum ‚nationalen Wettbewerbsstaat‘ transformierten Staates gibt. Es geht um die Bedingungen und institutionellen Grundlagen einer Demokratie, die ihre historische Bindung an das kapitalistische Produktionsverhältnis durchbricht und damit auch ihre bisherigen strukturellen Grenzen und Beschränkungen aufhebt.“* (Hirsch 2002: 8 f.; vgl. auch Hirsch 2002: 14)²⁸.

Doch nicht nur mit der Beseitigung der Demokratie soll eine zu Bewegung führende Handlungsdringlichkeit impliziert werden, sondern auch mit einer deutlichen Verschlechterung der Lage: *„Die Entwicklung einer Demokratie jenseits des Staates könnte sich angesichts der Tatsache, dass der neoliberal gewendete Kapitalismus immer mehr die Züge eines sozialen, ökologischen und politischen Katastrophenprogramms annimmt, als gesellschaftliche Überlebensfrage erweisen.“* (Hirsch 2002: 10). Deshalb läge gerade in der Verschlechterung der Lage auch eine Chance auf Emanzipation, weil man angesichts dieser doch einsehen müsse, dass es mit dieser Gesellschaft so nicht weitergehen könne. Genau auf diese Chance will Hirsch mit seiner Rede vom „Katastrophenpro-

²⁷ Joachim Hirsch: Die Internationalisierung des Staates – Anmerkungen zu einigen aktuellen Fragen der Staatstheorie; in: Hirsch, Jessop, Poulantzas: Die Zukunft des Staates; Hamburg 2001, S. 101 - 138

²⁸ Für eine Kritik am linken Demokratieidealismus vgl. Junge Linke: Die Demokratie und ihre Idealisten; online verfügbar unter: http://www.junge-linke.de/staat_und_nation/die_demokratie_und_ihre_ideali.html ; letzter Zugriff am 29.11.2006

gramm“ hinaus, wie das folgendes Zitat beweist: *„Mit seiner weltweiten Durchsetzung schien der Kapitalismus alternativlos geworden zu sein. Gleichzeitig wird auch immer deutlicher, dass diese Produktions- und Vergesellschaftungsweise ein globales Katastrophenprogramm beinhaltet, ökologisch, sozial und politisch. Paradoxiertweise ist es gerade sein 1989 besiegelter ‚Sieg‘, der die Frage nach gesellschaftlichen Alternativen erneut und drängender auf die Tagesordnung gesetzt hat.“* (Hirsch 2002: 197). Wo nach solchen Chancen gesucht wird, ist - kaum überraschend - auch die Rede von einer Krise nicht weit, welche schließlich eine sehr ähnliche Aussage aufweist. So kommt diese bei Hirschs Aufruf zur Bewegung einfach noch verstärkend hinzu: *„Die Anzeichen mehren sich, dass inzwischen auch der postfordistische Kapitalismus in eine Krise geraten ist, die das Ende dieser historischen Phase markieren könnte.“* (Hirsch 2002: 209), was selbstverständlich die katastrophalen Tendenzen stärke (vgl. Hirsch 2002: 209), Handeln also umso dringlicher mache.

In seinen Bestimmungen, was für eine emanzipatorische Bewegung heutzutage anstünde, geht Hirsch dann entsprechend vom Souveränitätsverlust der Nationalstaaten als Bedingung und Demokratisierung als Ziel aus. Die *„Kämpfe um demokratische und soziale Rechte“* (Hirsch 2002: 190) können, so Hirsch, folglich nicht mehr im Rahmen des Nationalstaats geführt werden: *„Der Nationalstaat kann nicht mehr der entscheidende Bezugs- und Ausgangspunkt emanzipativer Bewegungen sein. Die neoliberale Umstrukturierung des Kapitalismus hat gerade darauf gezielt, dies unmöglich zu machen.“* (Hirsch 2002: 193) Auch der auf den nationalen Rahmen beschränkte Klassenkampf (gemeint wohl als Kampf um mehr Teilhabe der Arbeiterklasse an Staat und kapitalistischen Reichtum) habe daher ausgedient, da der Staat sich ja die Umverteilungsspielräume genommen habe²⁹. Gegen ihn wird von Hirsch eine internationale Demokratisierungsbewegung (die sog. „Antiglobalisierungsbewegung“) mit dem ‚Argument‘ hochgehalten, dass es sie gibt: *„Während alte politische und ‚Klassen‘-Fronten zerbrochen oder geschwächt sind, wächst die Forderung nach der Realisierung von Demokratie und Menschenrechten weltweit. Es gibt inzwischen unverkennbar eine Art übergreifender und international orientierter Demokratie- und Menschenrechtsbewegung, die sich aus den etatistischen Fesseln zu befreien beginnt.“* (Hirsch 2002: 204; vgl. auch Hirsch 2005: 225) Für diese Bewegung soll also sprechen, dass sie die „reale Bewegung“, wie es auf marxistisch-leninistisch heißen würde, ist. Wie unschwer zu erkennen sein dürfte, wird damit zunächst ein sachfremdes Kriterium, nämlich ihre Existenz, also letztlich ihr Erfolg, als Argument für die Bewegung genommen. Damit soll dann auch gleich mit gesagt sein, dass das Gleiche auch für ihre Inhalte gälte. Auch für diese soll es sprechen, dass sie – im Gegensatz zum Klassenkampf, etwa – von einer realen, also existierenden, also relativ erfolgreichen, Bewegung vertreten werden. Durch diese sachfremden Kriterien gibt Hirsch sich in seinem Demokratieidealismus ein gutes Stück selbst Recht. Weil dieser von der „realen Bewegung“ geteilt wird, die zudem auch noch wachse, befände der sich auf der Höhe der Zeit. Diese Logik ist freilich nicht nur geschummelt, da sie mit dem Erfolg sachfremdes Kriterium einführt, sondern auch zirkulär. So kommt Hirsch zum einen überhaupt nur auf die Demokratisierungsbewegung, weil er deren Ziele schon teilt (Existenz und Wachstum an Anhängern kann man auch den Forderungen z.B. nach mehr ökonomischer Deregulierung, und/oder nach einem stärkeren Durchgreifen des Staates gegen Ausländer, „Sozial-schmarotzer“ etc. attestieren). Es ist also gar nicht so, dass die Demokratisierungsbewegung irgend etwas zu seinem Demokratieidealismus hinzutut. Vielmehr nimmt er diese bloß als zusätzlichen Titel. Andererseits nimmt er damit die Bewegung vor jeglicher inhaltlicher Kritik in Schutz, weil sie ja die „reale Bewegung“ sei, also ‚eigentlich‘ oder wenigstens ‚objektiv‘ schon das richtige Ziel haben und/oder zu ihm führen werde.

Es ist jedoch inhaltlich keineswegs das Gleiche, was er und die Bewegung als Ziele haben, auch wenn er seine Emanzipationshoffnungen auf diese projiziert. Während bei der globalisierungskritischen Bewegung die Forderung nach „Menschenrechten“ und „sozialen Rechten“ normaler Weise nämlich schlicht ein Ruf nach einer guten staatlichen Herrschaft ist, sind für ihn „Menschenrechte“, „soziale Rechte“ etc. als Teil einer „echten Demokratie“ in der bürgerlichen Gesellschaft nicht nur

²⁹ Vgl. ebd., 203

schlecht verwirklichte, sondern auch nicht zu verwirklichende, Werte ihrer selbst, so dass ausgerechnet der Kampf für diese einen Kampf gegen den Kapitalismus darstellen soll. Die Staatsaffirmation der Bewegung ist selbstverständlich auch Hirsch nicht verborgen geblieben, wie es sich exemplarisch in seiner Warnung: *„Weder eine Verbesserung der Nationalstaaten noch die Errichtung eines ‚Weltstaates‘ ist eine sinnvolle Perspektive. Es geht vielmehr um die Überwindung der überkommenen³⁰ Gestalt des Staates überhaupt.“* (Hirsch 2002: 203) an diese zeigt. Diese ist freilich gar keine „Fessel“, von der sie sich „befreien“ müsste (s.o.), also ihrem Programm fremdes, was sie an dessen Verwirklichung hindert, sondern diesem sehr angemessen. Als „Fessel“ erscheint sie Hirsch lediglich, weil sie die Bewegung davon abhält, das zu sein, was er von ihr gerne hätte. Was ihn freilich nicht großartig in seiner Hoffnung auf sie stört, nimmt er doch einfach deren globales Agieren, also ein formales Kriterium, als Tendenz, mit welcher die Bewegung ihre angebliche „Fessel“ sprengt (und zudem noch ihre Aktualität im Gegensatz zur „Überkommenheit des Staates ‚beweise) – ganz ohne inhaltliche Differenzen mit ihr austragen zu müssen: *„Dass es sich dabei keineswegs um ‚Globalisierungsgegner‘ handelt, zeigt sich schon daran, dass sie nicht nur in einer bisher noch nicht gekannten Weise global agieren, sondern sich dabei auch erfolgreich der entwickelten Informations- und Kommunikationstechnologien des 21. Jahrhunderts bedienen. Es handelt sich um eine Bewegung, die bereits in dieser Hinsicht tatsächlich auf der Höhe der Zeit ist.“* (Hirsch 2002: 210) Einmal auf diesen formalen Aspekt als Beurteilungskriterium zwecks Rechtfertigung der eigenen Hoffnung auf die Bewegung verfallen, ist es auch nur konsequent, diesen zum eigentlich entscheidenden zu erklären. Dazu verweist er darauf, dass man ohnehin nicht außerhalb von Staat und Kapital agieren könne, schon weil man als Subjekt viel zu sehr von ihnen geprägt sei. Daher betont Hirsch, dass der Kampf gegen Staat und Kapital innerhalb ihrer ablaufen müsse (vgl. Hirsch 2002: 200).

Aus der Feststellung, dass es kein Außerhalb der bürgerlichen Gesellschaft gäbe, man sie jedoch auch nicht über den Staat abschaffen könne³¹, zieht Hirsch folglich den sich allein daraus keineswegs ergebenden Schluss, dass es auf eine richtige Kritik der bürgerlichen Gesellschaft und deren Verbreitung ohnehin nicht ankomme. Vielmehr stünde eine Änderung der sozialen Beziehungen auf dem Programm, welche dann auf den Staat zurückwirke³²: *„Den so umrissenen Begriff von emanzipatorischer gesellschaftlicher Veränderung bezeichnen wir als radikalen Reformismus. Dabei bezieht sich der Ausdruck Reformismus auf die Tatsache, dass gesellschaftliche Veränderungen nicht durch staatliche Macht durchgesetzt werden können, sondern einen langwierigen und schrittweisen Prozess der Bewusstseins- und Verhaltensänderung darstellen, durch den gesellschaftliche Machtverhältnisse allmählich transformiert [werden] und damit auch die politische Apparatur umgestaltet wird.“* (Hirsch 2005: 231 f.). Dabei käme es vor allem – ganz getrennt von sämtlichen Inhalten – auf das formale Kriterium an, dass die Bewegung außerhalb etablierter staatlicher und gesellschaftlicher Institutionen agiert, um auf diese Weise die neue Demokratie, ja das ganz andere zum Staat (vgl. Hirsch 2002: 203) zu schaffen: *„Notwendig ist daher ein radikaler Reformismus, eine Strategie gesellschaftlicher Veränderung nicht mittels der Staatsmacht, sondern durch gesellschaftliche Initiative, durch praktische Durchsetzung neuer Produktions- und Lebensformen und die Schaffung politischer Organisationszusammenhänge unabhängig von den bestehenden institutionellen Strukturen, von Staat und Parteien.“* (Hirsch 2002: 202). Das Kriterium, sich bloß nicht auf den Staat und etablierte Organisationen in dessen Umfeld einzulassen, wirkt schon etwas seltsam angesichts von Hirschs Betonung, dass man ohnehin nicht außerhalb des Staates agieren könne. Zumindest, wenn man sich nicht bewusst macht, dass es ja extra dafür aufgestellt wurde, um die globalisierungskritische Bewegung als die Emanzipationshoffnung auffassen zu können. Logischer Weise

³⁰ Bezeichnend auch, dass er an dieser Stelle kein inhaltliches Argument gegen die Form des Staates anbringt (es sind ihm ja durchaus welche bekannt), sondern lediglich darauf hinweist, dass diese nicht mehr aktuell, gewissermaßen von der Geschichte überholt, sei. So erspart er es sich nämlich, wirklich den inhaltlichen Gegensatz zur globalisierungskritischen Bewegung aufzumachen.

³¹ Dies sei zum einen sowohl bei den Bolschewiki, als auch bei der Sozialdemokratie gescheitert (der Misserfolg wird hier als inhaltliches Argument hineingeschummelt), und zum anderen auch unrealistisch, weil man mit dem Staat nicht gegen dessen materielle Grundlage wirken könne. (vgl. Hirsch 2002: 200 f.)

³² Seine Theorie des Staates als „soziales Verhältnis“ scheint für diesen Schwenk wie gemacht worden zu sein ...

entspricht sie dann nicht nur diesem Kriterium auch haargenau, sondern dem gesamten Programm des „radikalen Reformismus“: *„Öffentlich sichtbar an den großen Protestereignissen von Seattle 1999 bis Genua 2001 hat sich eine internationale globalisierungskritische Bewegung formiert [...]. Zu ihren Merkmalen gehört, dass sich unter einer zunächst sehr allgemeinen politischen Thematik [...] eine Vielzahl äußerst unterschiedlicher Gruppierungen, Interessen und Organisationen [...] ein internationales Informations-, Kommunikations- und Aktionsnetzwerk bildet. Damit werden die Grenzen überschritten, die früheren, im Wesentlichen national und thematisch beschränkten Bewegungen eigen waren. [...] Entgegen der allgemeinen öffentlichen Wahrnehmung erschöpft sie sich auch keineswegs in der Mobilisierung zu einzelnen spektakulären Protesten und Kampagnen, sondern verfügt durchaus über eine dauerhafte – allerdings sehr vielgestaltige, dezentrale und eher netzwerkartig verbundene – organisatorische Infrastruktur.“* (Hirsch 2002: 210).

Weil sämtliche Ratschläge an sie aus ihr, als hoffnungsvolle emanzipatorische Bewegung, gewonnen sind, erfüllt sie diese, mindestens der Tendenz nach, logischer Weise immer; ebenso, wie alles, was sie macht, nur darauf hinauslaufen kann, die von Hirsch gewünschte Demokratie jenseits des Nationalstaates zu schaffen. So z.B., wenn er ihr empfiehlt, sich als „Weltzivilgesellschaft“ zu institutionalisieren und gleichzeitig regional und lokal auf Demokratisierung hinzuwirken, um dadurch die dringend benötigten neuen Formen demokratischer Politik jenseits des Staates zu entwickeln (Hirsch 2001: 137 f.). Oder wenn er ihr anrät, neue Umgangsformen zu leben, um eine neue Demokratie zu schaffen – was sie durch ihren Netzwerkscharakter ja auch mache. Oder wenn er ihren Meinungspluralismus, also dass sowohl die verschiedenen Themen, als auch die je verschiedenen Positionen zu ihnen, nebeneinander gelten gelassen werden, als Teil der neuen demokratischen Beziehungen lobt, weil diese Überwindung „thematischer Grenzen“ darstellen würden. Oder wenn er darauf hinweist, dass sie auch jenseits des Protestes bei Großereignissen, andere Formen des Zusammenlebens praktisch werden lassen müsse, was jedoch ebenfalls bereits verwirklicht werden würde (vgl. Hirsch 2002: 214, sowie Hirsch 2005: 230). Überhaupt ist das Lob des Meinungspluralismus in der Bewegung ein sehr passender Fortgang zum Verweis darauf, dass es ja in erster Linie darauf ankäme, durch Praxis die Zivilgesellschaft zu verändern. Durch ihn sieht er nämlich arbeits- teilig den Anspruch auf die beiden Aspekte von „radikaler Reformismus“ geschützt. Die eher reformistischen Teile der Bewegung, wie z.B. attac, würden zwar zum Fordismus zurückwollen, was weder möglich, noch wünschenswert sei, aber (und das soll ein Lob sein!), mit ihren sich daraus ergebenden konkreten Forderungen (die er wohlgemerkt selbst für verkehrt hält!) können sie Zustimmung aus anderen Segmenten der Gesellschaft erhalten (vgl. Hirsch 2002: 211 f.). Inhaltlich ist also für Hirsch – trotz aller „materialistischen Staatskritik“ - purster Reformismus, also konstruktives Fordern an den Staat, angesagt. Konsequenter Weise empfiehlt Hirsch der Bewegung daher, sich am Besten gleich lediglich für eine andere Regulation des Kapitalismus einzusetzen (vgl. Hirsch 1990: 189)³³. Den eher revolutionären Strömungen innerhalb der Bewegung käme es hingegen zu, auf das „Radikale“ zu achten. Da sie inhaltlich am Reformismus nicht rütteln dürfen, weil sonst die Zustimmung wegen (!) seiner verkehrten Forderungen ausbliebe, sie die Bewegung also isolieren würden, kommt ihrem Denken über Staat und Kapital hinaus eine andere Aufgabe zu (vgl. Hirsch 2002: 212). Wenn Hirsch darauf hinweist, dass die gegenseitige Befruchtung der beiden Strömungen die Stärke der Bewegung darstelle (vgl. Hirsch 2002: 212 f.), ist auch klar, welche Rolle die eher revolutionären Strömungen in dieser Partnerschaft zu spielen haben. Das sie sich inhaltlich nicht durchsetzen dürfen, kommt ihnen lediglich zu, darauf zu achten, dass die eher reformistischen Teile der Bewegung (und die Bewegung als gesamte gleich mit) bei aller inhaltlichen Staatsaffirmation bloß nie in den Institutionen des Staates landet: *„Das Problem der globalisierungskritischen Bewegung besteht also darin, [...] dass [...] ihre professionalisierten Teile, also insbesondere das NGO-Spektrum, sich in eine Art Co-Management innerhalb der bestehenden Herrschaftsstrukturen verwandelt. [...] Insofern wird es für die Bewegung entscheidend sein, ob das Spannungsverhältnis zwischen den radikaleren und reformistischeren Teilen erhalten bleibt.“* (Hirsch 2005: 228).

³³ Joachim Hirsch: Kapitalismus ohne Alternative?; Hamburg 1990

Kurzum: Joachim Hirsch verwirft sämtliche von ihm vorgenommene Bestimmungen sogleich eingestanden selbst wieder, um sie in sein weltanschauliches Schema einzupassen. Wenn diese, was regelmäßig der Fall ist, nicht zu Krise (= Schwäche) des Gegners, der eigenen Stärke über eine reale Bewegung und der Agitation zur Teilnahme an dieser Bewegung passen, werden sie nicht einmal dazu passend gemacht, sondern durch andere, zu diesem Interesse passende, Bestimmungen ergänzt, welche dann notwendig in Widerspruch zu den zuerst vorgenommenen Bestimmungen geraten.

Holloways Machtkritik

John Holloways Staatskritik ähnelt derjenigen von Joachim Hirsch stark. Wo Letzterer in der Tradition von Poulantzas vom Staat als einer „*materiellen Verdichtung eines sozialen Kräfteverhältnisses*“ spricht (vgl. Hirsch 2002: 26), schreibt Holloway von ihm als einem „*Knoten in einem Netz gesellschaftlicher Verhältnisse*“ (Holloway 2002: 23)³⁴. Dem Staat käme daher auch keine „*Handlungsautonomie*“ zu (vgl. Holloway 2002: 23). Er werde als gesellschaftliches Verhältnis ständig reproduziert, indem er soziale Kämpfe auf sich hin kanalisieren: „*Der Staat ist ein Prozess der Staatswerdung gesellschaftlichen Konflikts. Sobald der strukturelle Konflikt als ‚politisch‘ definiert wird, wird er von allem abgetrennt, was das ‚ökonomische‘ Reich des Privateigentums, d.h. die grundlegender Strukturen instrumenteller Macht, in Frage stellen könnte.*“ (Holloway 2002: 114.) In die Irre laufe, so Holloway, daher die Annahme, dass der Staat lediglich ein Instrument der herrschenden Klasse darstelle. Die traditionelle marxistische Vorstellung, dass man dieser den Staat lediglich entreißen müsse, um ihn dann als Mittel für sozialistische Zwecke nutzen zu können (vgl. Holloway 2002: 21), sei daher illusorisch gewesen (vgl. Holloway 2002: 24). Vielmehr wäre der Staat, gerade weil er nicht ein neutrales Mittel sei, welches sich beliebig nutzen lasse, untrennbar mit den ihn hervorbringenden gesellschaftlichen Verhältnissen verwoben (vgl. Holloway 1993: 17). Weil diese Verhältnisse kapitalistische sind, sei der Staat darauf verwiesen, Kapitalakkumulation zu fördern (vgl. Holloway 2002: 23 f.) – schließlich finanziere er sich aus ihr mit. Um diese ginge es daher auch in der zwischenstaatlichen Konkurrenz (vgl. Holloway 1993: 22; gleichlautend Holloway 2002: 113). Zu den staatlichen Maßnahmen in diesem Konkurrenzkampf ums Kapital gehören laut Holloway z.B. der Aufbau von Infrastruktur, das Aufrechterhalten von Recht und Ordnung, sowie die Bereitstellung von entsprechend ausgebildeten Arbeitskräften (vgl. ebd.)³⁵. Allerdings könne nicht einfach funktionalistisch behauptet werden, dass alles, was der Staat unternahme, auch tatsächlich der Kapitalakkumulation förderlich ist; vielmehr sei das Verhältnis von Kapital und seiner staatlichen Betreuung eines von „*Versuch und Irrtum*“ (Holloway 1993: 17). Auch jenseits einer solchen funktionalistischen Betrachtungsweise ließe sich jedoch bestimmen, weshalb der Staat nur in einer kapitalistischen Gesellschaft entstehen konnte. Er wäre in ihr als (scheinbar) externe Gewalt nötig, weil im Kapitalismus die Ausbeutung über den freien Kauf der Arbeitskraft funktioniere. Deshalb könne die Herrschaft nicht von den Kapitalisten selbst ausgeübt werden. Aufgabe des Staates³⁶ sei die Sicherung des Privateigentums, so dass nicht der Hersteller, sondern der Produktionsmittelbesitzer und Arbeitskraftkäufer über das Arbeitsprodukt verfügen könne (vgl. Holloway 2002: 46). Somit setze er für den Arbeiter immer wieder die Notwendigkeit ins Werk, mangels anderer Einkommensquellen seine Arbeitskraft verkaufen zu müssen. Zugleich bewahre der Staat dessen Freiheit, seine Arbeitskraft verkaufen zu können, während eine direkte Herrschaft der Kapitalisten ihn unmittelbar zu deren Herausgabe zwingen würde (vgl. Holloway 2002: 113).

In der „Globalisierung“ kann Holloway keine wesentlichen gesellschaftlichen Veränderungen mehr³⁷ ausmachen: „*Die gegenwärtigen Diskussionen über ‚Globalisierung‘ heben nur hervor, was*

³⁴ John Holloway: Die Welt verändern, ohne die Macht zu übernehmen; Münster 2002

³⁵ (Ohne die bereits an der „materialistischen Staatstheorie“ geäußerte Kritik solcher Vorstellungen in ihrer Ausführlichkeit an dieser Stelle wiederholen zu wollen, sei wenigstens angemerkt, dass Holloways Staatskonzeption nicht in sich logisch ist. Wenn der Staat zu seiner permanenten Reproduktion nötig ist, kann damit nicht erklärt werden, wie er überhaupt jemals aus den gesellschaftlichen Verhältnissen heraus entstehen konnte. Schließlich fehlt er ja vor seiner Existenz als Bedingung seiner Existenz. Ebenfalls offen bleibt, wie er ohne „Handlungsautonomie“ sowohl Kämpfe auf sich hin kanalisieren, als vor allem auch die genannten Dienste an der kapitalistischen Gesellschaft verrichten können soll.

³⁶ Letztendlich also doch eine funktionalistische Darstellung: weil der Kapitalismus den Staat für den freien Verkauf der Arbeitskraft benötigt, bringt er ihn hervor. Holloway baut den Funktionalismus als Pappkameraden auf, wenn er behauptet, dass dieser erst darin bestünde, dass jede Maßnahme des Staates für die Kapitalakkumulation auch erfolgreich sein müsse, um sich dann von diesem abzugrenzen. Auf diese Weise versucht er sich trotz seiner funktionalistischen Betrachtungsweise vom Funktionalismus argumentfrei abzusetzen.

³⁷ In John Holloway: Reform des Staats: Globales Kapital und Nationaler Staat; in: Prokla 90, S. 12 - 34 (1993) sah er diese noch anders und vertrat eine Position ähnlich der Hirschs (Aushöhlung des Nationalstaats als Entdemokratisierung).

immer schon wahr war: kapitalistische gesellschaftliche Verhältnisse sind, von ihrem Wesen her, immer über territoriale Grenzen hinausgegangen“ (Holloway 2002: 25). Da kapitalistische gesellschaftliche Verhältnisse immer schon nicht an nationale Grenzen gebunden gewesen seien, sei es auch schon immer verkehrt gewesen, „sich die kapitalistische Welt als Summe verschiedener Nationalgesellschaften vorzustellen“ (Holloway 2002: 25). Folglich baut er seine Überlegungen zu Emanzipationsbewegungen auch auf seiner allgemeinen Staatskritik auf – schließlich hat sich für ihn ja durch die „Globalisierung“ nichts grundsätzlich geändert. Den Neuigkeitswert seiner Überlegungen macht er daher auch nicht an Änderungen im Kapitalismus fest, sondern an der Abgrenzung vom traditionellen Marxismus als Revolutionskonzept. Seltsamerweise jedoch lässt sich festhalten, dass seine, nicht zuletzt auf die realsozialistischen Staaten gemünzte, Kritik gerade diese nicht so recht trifft. Schließlich wirft er dem traditionellen Marxismus ja vor, dass dieser den Staat als Mittel für den Sozialismus übernehmen wollte, wo dieser doch untrennbar mit dem Kapitalismus verbunden sei. Jedoch haben die realsozialistischen Staaten die Arbeiter gar nicht von den Produktionsmitteln und dem Zugriff auf ihre Arbeitsprodukte getrennt, um sie für private Kapitale verfügbar zu machen, sondern sie in staatseigenen Betrieben für die Planerfüllung herangezogen. Die von Holloway für die kapitalistische Gesellschaft analysierte Notwendigkeit einer getrennt von der ökonomischen Ausbeutung existierenden Herrschaft, trifft für die Staaten des real existierenden Sozialismus daher gar nicht zu. Folglich haben sie ebenfalls nicht um Investitionen privater Kapitale bei sich konkurriert, um sich dann via Steuern an deren Gewinnen zu beteiligen. Dass es unmöglich ist, den Staat vom Kapitalismus zu trennen und er deswegen kein Mittel für den Sozialismus sein kann, lässt sich also nicht halten. Daher läuft auch Holloways Kritik des Marxismus-Leninismus, von dem er sich, um seine Vorhaben über deren Neuigkeit ihm gegenüber zu legitimieren, abgrenzt, ins Leere³⁸. Seinen Vorwurf könnte man höchstens für die Sozialdemokratie gelten lassen, welche einst für den Sozialismus die Macht im bürgerlichen Staat übernehmen wollte. Gerade darin wandte sich Lenin jedoch entschieden von ihr ab³⁹.

Statt theoretisch nachzuweisen, weshalb der Marxismus-Leninismus nicht zum Sozialismus führen konnte, weil er die angebliche Kapitalismusgebundenheit des Staates verkannt hätte, hält Holloway ihm schlicht vor, dass er gescheitert sei: *„Wegen des Scheiterns dieser Revolutionsmodelle steht ein anderes an: Die Vorstellung, dass die Revolution die Einnahme der Macht zur Abschaffung der Macht der Macht bedeutet, ist fehlgeschlagen. Heutzutage steht die viel anspruchsvollere Vorstellung der direkten Überwindung von Machtverhältnissen auf der Tagesordnung. Heute ist die Revolution nicht in der Form der Übernahme der Macht, sondern einzig in der Form der Auflösung der Macht vorstellbar.“* (Holloway 2002: 31). Dieses Erfolgsargument soll statt einer inhaltlichen Begründung dafür stehen, dass jetzt für eine emanzipatorische Bewegung die Berücksichtigung von Holloways Ratschlag, sich nicht auf die Macht einzulassen, anstünde, statt weiter die Übernahme der Macht im Staat als Programm zu verfolgen. Das Erfolgsargument wird also auch gleich noch für einen Gegenstandswechsel genutzt. Es geht nun nicht mehr um das Verhältnis von Staat und Kapitalismus, sondern von Staat und Macht. Marxismus-Leninismus und Sozialdemokratie werden also nicht mehr dafür kritisiert, dass sie wegen einer fehlerhaften Bestimmung des Verhältnisses von Staat und Kapitalismus nicht zum Sozialismus hätten führen können, sondern dafür, dass sie sich auf „die Macht“ eingelassen hätten. Der Kampf um die Übernahme des Staates führe, so Holloway, schließlich dazu, dass man sich auf dessen Kategorien, also die „der Macht“ einlasse und so die Bewegung gegen die Macht in eine selber machtförmige transformiere: *„Was ursprünglich negativ war (die Ablehnung des Kapitalismus), wird in etwas Positives verwandelt (Aufbau von Institutionen, Aufbau der Macht). Die Einführung in der Eroberung der Macht wird zwangsweise zu einer Einführung in die Macht selbst.“* (Holloway 2002: 26). Auch „die Macht“ wird freilich von ihm

³⁸ Möglich wäre es auch, dass Holloway davon ausgeht, dass der „real existierende Sozialismus“ scheitern musste, weil er sich staatlich, jedoch ohne Kapitalismus als Grundlage, aufgestellt hat. Allein aber, dass ihm das überhaupt möglich war, widerlegt Holloways Theorie diesbezüglich, dass Kapitalismus als gesellschaftliche Basis für die Entstehung eines Staates nötig sei. Zudem bleibt er den Nachweis eines notwendigen Zusammenhangs zwischen Staat ohne kapitalistische Basis einer- und Scheitern der realsozialistischen Staaten andererseits schuldig.

³⁹ Vgl. Wladimir Iljitsch Lenin: Staat und Revolution; in ders.: Ausgewählte Werke; Moskau 1971 b, S. 286 – 382: 298 ff.

nicht inhaltlich bestimmt und kritisiert, sondern einfach als das Negative gesetzt, dass „wir“ ablehnen: *„Sie [die in „die Macht“ Eingeweihten; M.D.] sehen nicht, dass wir nicht gegen den Kapitalismus revoltieren, weil wir ein anderes Machtsystem wollen, sondern weil wir eine Gesellschaft wollen, in der die Machtverhältnisse aufgehoben sind.“* (Holloway 2002: 28) Daher taugen sie laut Holloway nicht als Orientierung für das „Wir“ der Bewegung: *„Man kann keine Gesellschaft ohne Machtverhältnisse aufbauen, indem man die Macht erobert. Wenn erst einmal die Logik der Macht übernommen wurde, ist der Kampf gegen die Macht bereits verloren.“* (Holloway 2002: 28). Dass das „Wir“ immer schon gegen die Macht gerichtet ist, setzt Holloway dabei bereits voraus. Das ist auch recht passend, weil die Opposition gegen die Macht ganz vorbegrifflich der Wut über das Erfahrene entspringe – „der Schrei“, wie Holloway es betitelt. (vgl. Holloway 2002: 10 ff.)⁴⁰ Daher fordert er das „Wir“ einerseits dazu auf, sich nicht durch den traditionellen Marxismus – sei es als Sozialdemokratie, sei es als Leninismus – zur Macht verführen und für sie instrumentalisieren zu lassen, sondern im Stande der vorreflexiven Unschuld der quasi instinktiven Machtablehnung zu bleiben – und zu kämpfen.

Weil es Holloway darum geht, dass überhaupt gekämpft wird, beurteilt er auch Kernbestandteile des „Weltanschauungsmarxismus“, wie z.B. den „historischen Materialismus“ danach, was diese zur Ermutigung zum Kämpfen beitragen. Ganz getrennt von seinem Inhalt weiß er also am „historischen Materialismus“ durchaus etwas zu schätzen: *„Die Vorstellung vom Marxismus als einer wissenschaftlich objektiven Theorie der Revolution besaß für diejenigen, die dem Kampf gegen den Kapitalismus ihr Leben widmeten, eine offensichtliche Anziehungskraft. Sie lieferte nicht nur eine widerspruchsfreie Vorstellung historischer Entwicklung, sondern auch enorme moralische Unterstützung: was es auch immer für Rückschläge geben mochte, die Geschichte war auf unserer Seite.“* (Holloway 2002: 141 f.). Ohne sich inhaltlich auf ihn zu beziehen, lobt Holloway also den marxistischen Geschichtsdeterminismus für genau seine Funktion der Agitation für den Kampf jenseits von Argumenten, die dieser im traditionellen Marxismus hatte. Es ist daher auch nicht verwunderlich, dass er ihn auch genauso getrennt vom Inhalt dafür kritisiert, vielleicht doch nicht genügend für den Kampf zu motivieren: *„Gleichzeitig bereiten jedoch beide Aspekte des Begriffs des wissenschaftlichen Sozialismus (objektive Erkenntnis, objektiver Prozess) der Entwicklung des Marxismus als Theorie des Kampfes enorme Probleme. [...] Wenn es eine objektive Entwicklung der Geschichte gibt, die vom menschlichen Willen unabhängig ist, welche Rolle spielt dann der Kampf?“* (Holloway 2002: 142). Und auch ein weiteres Argument dieses Schlages weiß Holloway gegen den traditionellen Weltanschauungsmarxismus samt „Historischem Materialismus“ einzuwenden – weil dieser gescheitert sei, lasse er die Revolution als unmöglich erscheinen und schade daher mittlerweile der Hoffnung nur noch, statt ihr zu nutzen (vgl. Holloway 2002: 22). Freilich ist Holloways instrumentelle Einschätzung des „Historischen Materialismus“ unter dem Gesichtspunkt der Nützlichkeit für die Aktivierung von Menschen zum Kämpfen sehr passend. Nicht nur, weil ihm eine angeblich vorbegriffliche Wut als Grund für die Kämpfe genügt, sondern weil ihm auch sonst deren Inhalt egal ist – solange sie nur nicht durch die Orientierung an „der Macht“ verdorben werden. Schließlich soll in ihnen, weil es gemeinsame Kämpfe sind, auch das Gegenteil „der Macht“, nämlich (ausgerechnet!) „kreative Macht“ (Holloway 2002: 240) entstehen: *„Die Erfahrung gemeinsamen Kampfes setzt bereits die Entwicklung von Verhältnissen zwischen Menschen voraus, die sich qualitativ von den gesellschaftlichen Verhältnissen des Kapitalismus unterscheiden. Viele Beispiele belegen, dass für Menschen, die an Streiks oder ähnlichen Aktionen beteiligt sind, das wichtigste*

⁴⁰ Holloway kommt schon in der Ausführung dieses Gedankens in Widerspruch zu sich selbst. So schreibt er z.B.: *„Unsere Wut richtet sich nicht nur gegen einzelne Geschehnisse, sondern gegen ein allgemeines Unrecht [...]“* (Holloway 2002: 11). Die Wut ist also keineswegs vor sämtlicher Reflektion stehend, sondern ergibt sich aus dieser. Um ein „Unrecht“ anzuprangern, muss man sich schließlich erst einmal ein Ideal dessen, was Recht ist, einleuchten lassen haben. Auch der Abgleich von Gerechtigkeitsideal und alltäglichen Erfahrungen, aus dem dann das Urteil „Unrecht“ folgen kann, stellt eine Reflektion dar. Zusätzlich zu diesem Selbstwiderspruch gilt es noch anzumerken, dass der Abgleich von Erfahrung und Gerechtigkeitsideal keineswegs zwangsläufig negativ enden muss, wie man z.B. dem Gedanken, dass sich jeder alles selbst zuzuschreiben habe, entnehmen kann. Und selbst wenn der Abgleich negativ ausfällt, steht keineswegs fest, dass aus ohne Verderbnis durch machtförmige Beeinflussung notwendig eine Ablehnung „der Macht“ folgt. Schließlich ist auch eine Reflektionsleistung, „die Macht“ als Ursache für „Unrecht“ auszumachen, welche erst einmal vollzogen werden muss.

Ergebnis der Kämpfe oft nicht in der Erfüllung der unmittelbaren Forderungen besteht, sondern darin, dass sich eine Gemeinschaft des Kampfes herausbildet, ein kollektives Tun, das sich durch seine Gegnerschaft zu kapitalistischen Formen gesellschaftlicher Verhältnisse charakterisiert.“ (Holloway 2002: 240).

Weil Holloway also die real existierenden Kämpfe für diesen positiven Aspekt schätzt, welcher als Experimentierfeld für eine neue Gesellschaft eine notwendige Ergänzung zum negativen Aspekt der Destruktion des Kapitalismus' sei, rät er der Bewegung nicht nur, den Aspekt der Selbstorganisation in ihren Kämpfen zu stärken (vgl. Holloway 2002, S. 240 – 246), sondern richtet auch seine Theorie darauf aus, Hoffnung zu stiften, damit Kämpfe entstehen. Seine Ausrichtung von Theorie nicht am Gegenstand, sondern am Aufstacheln zu Kämpfen bringt er zum Ende von „*Die Welt verändern, ohne die Macht zu übernehmen*“ selbst noch einmal sehr prägnant auf den Punkt, wenn er zusammenfassend schreibt: „*Wenn dieses Buch in irgend einer Weise dazu beigetragen hat, den Schrei zu schwächen oder zu dämpfen oder ihn begrifflich inexistent zu machen, dann hat es versagt. Das Ziel war, ihn zu stärken, ihn schriller zu machen.*“ (Holloway 2002: 248). Hoffnung zum Kämpfen will Holloway nun aber nicht mehr dadurch geben, dass das „Wir“ der Vollstrecker einer historischen Notwendigkeit sei, sondern durch die Betonung, dass „wir“ stark sind, während der Gegner schwach sei. Zusammengeschlossen wird dies von ihm dadurch, dass „wir“ stark sind, weil der Gegner schwach sei und umgekehrt, dass der Gegner schwach sei, weil wir stark sind. Zur Betonung der eigenen Stärke greift Holloway zunächst darauf zurück, dass es bereits eine reale Bewegung gäbe. Das beweise, dass die Revolte auch ohne Partei, Arbeiterklasse etc. existieren könne (vgl. Holloway 2002: 178 f.). „*Als erstes ist die Allgegenwärtigkeit der Anti-Macht zu nennen. [...] Wenn du die Welt um uns herum anschaust, siehst du eine ganze Welt des Kampfes.*“ (Holloway 2002: 178 f.) Diese Behauptung fällt aber auch nicht weiter schwer, wenn man, wie Holloway, ohnehin so ziemlich jeden Kampf als Ausdruck des emanzipatorischen „Wirs“ definiert, weil Kämpfe ja „kreative Macht“ hervorbrächten⁴¹. Der Kapitalismus als Gegner hingegen sei schwach, weil er sich in der Krise befände (vgl. u.a. Holloway 1993: 30 f., Holloway 2002: 205, Holloway: 2006). Diese sei freilich nicht nur einer Eigendynamik des Kapitalismus geschuldet, sondern vom „Wir“ hervorgebracht⁴² und somit Beleg für dessen Stärke (vgl. Holloway 2002: 204, Holloway 2006). Insofern mache sie Hoffnung⁴³, weil sie aufzeige, dass der Kapitalismus von ihnen abhängt: „*Wir, die Machtlosen, sind allmächtig.*“ (Holloway 2002: 202). Zugleich würden die Krisenreaktionen des Kapitals das „Wir“ quasi-automatisch zu mehr und qualitativ höherwertiger Bewegung treiben. Weil es sich immer schon kreativ betätigen wolle (was einfach gesetzt wird), die Lohnarbeit wegen ihrer zunehmenden Prekarität aber immer weniger dafür geeignet sei, führe dies zu Kämpfen gegen die Lohnarbeit als abstrakte Arbeit an sich und somit gegen den Kapitalismus (vgl. Holloway 2002: 239 f., sowie Holloway 2006).

Aber selbst wenn man sich auf seine Prämissen einlässt, folgt aus diesen keineswegs Holloways Schluss. Wenn die Lohnarbeit wegen ihrer Prekarisierung nun endgültig nicht mehr als Selbstverwirklichung gesehen werden kann, ein kreatives Selbstverwirklichungsbedürfnis jedoch vorhanden ist, wäre es mindestens genauso gut möglich, dass einfach versucht wird, in Hobbys neben der Lohnarbeit zu befriedigen, oder dass gegen die Prekarisierung angekämpft wird, um die Lohnarbeit wieder für die Selbstverwirklichung tauglich zu machen. Dies böte wohl aber sowohl ihm, als auch der Bewegung, nicht genug Anlass zur Hoffnung. Ganz im Gegensatz zu einem vorgestellten Prozess, der auch ganz ohne Geschichtsnotwendigkeit, quasi-automatisch zu immer mehr Kämpfen gegen Kapitalismus führt, in denen auch gleich noch die neue Gesellschaft aufgebaut wird.

⁴¹ Dem entsprechend sieht auch seine Definition des „Wirs“ aus: „*Wir sind heterogen, wir sind dissonant, wir sind unsere eigene Bestätigung, die Verweigerung fremder Bestimmung über unser Leben.*“ (John Holloway: *Wir sind die Krise der abstrakten Arbeit* [2006]; online verfügbar unter http://www.unet.univie.ac.at/~a9709070/grundrisse18/john_holloway.htm ; letzter Zugriff am 29.11.2006)

⁴² Oder kurz: „*Wir sind die Krise.*“ (Holloway 2006)

⁴³ „*Die Krisentheorie ist nicht nur eine Theorie der Angst, sondern auch eine der Hoffnung.*“ (Holloway 2002: 234)

Empire & Multitude

Michael Hardt und Antonio Negri behaupten in ihren Werken „Empire“ (2002)⁴⁴ und „Multitude“ (2004)⁴⁵ die Auflösung der Nationalstaaten im Empire. Die historischen, durch das Empire abgelösten, bürgerlichen Staaten, agierten ihrer Ansicht nach als ideeller Gesamtkapitalisten und standen somit im Machtkampf mit den einzelnen Kapitalisten (vgl. Hardt/ Negri 2002: 315 f.), weil sie als eben solche die Erfordernisse für den Gesamtkapitalismus gegen diese durchsetzen mussten. Für die neuen, neoliberalen, Staaten könne man diese Rolle ebenfalls gelten lassen, so dass sich daraus ein allgemeiner Staatsbegriff ergibt: *„Auch hier wieder, im Zeitalter des Neoliberalismus, könnte es hilfreich sein, sich den Staat als Unternehmensvorstand vorzustellen, der mit der Aufgabe betraut ist, für das langfristige Wohlergehen des kollektiven Kapitals zu sorgen. Die grundlegende Aufgabe des neoliberalen Staates liegt aus dieser Perspektive – wie bei allen Formen des kapitalistischen Staates – darin, die kapitalistische Entwicklung im Interesse des Kapitals selbst zu regulieren.“* (Hardt/ Negri 2004: 310).

Dass sie die nationalstaatliche Ordnung durch das Aufkommen des Empires als abgelöst ansehen, gibt jedoch immerhin Auskunft darüber, dass für sie **Nationalstaat** - wohl aber Herrschaft - und Kapitalismus nicht notwendig zusammenhängen. Das durch die Globalisierungsprozesse entstehende Empire würde nämlich eine qualitativ neue Form von Herrschaft ausüben (vgl. Hardt/ Negri 2002: 9). Zwar teilen sie die These vom Zerfall der Souveränität der Nationalstaaten (vgl. Hardt/ Negri 2002: 9), betonen jedoch gleichzeitig, dass diese nicht mit einem Zerfall der Souveränität an sich einherginge (vgl. Hardt/ Negri 2002: 10). Vielmehr wäre gerade die Ausdehnung nationalstaatlicher Herrschaft über die Grenze des jeweiligen Nationalstaats hinaus eines der ersten Symptome des Empires (vgl. Hardt/ Negri 2002: 10). Damit sei der Kapitalismus durch die Globalisierung zu sich selbst gekommen, denn die Verwirklichung des Weltmarkts sei schon immer sein Ziel gewesen (vgl. Hardt/ Negri 2002: 10). Während der von den Nationalstaaten betriebene Imperialismus feste Grenzen („gekerbten Raum“) geschaffen habe, brauche das Kapital offene Grenzen („glatter Raum“), was mit dem Weltmarkt verwirklicht sei (vgl. Hardt/ Negri 2002: 341 f.). Aber auch darüber hinaus führen die Globalisierungsprozesse laut Hardt/Negri erst zur *„kapitalistische Ordnung im eigentlichen Sinn“* (Hardt/ Negri 2002: 24), denn sie *„[...] zielen der Tendenz nach auf die Schaffung einer einzigen supranationalen Gestalt politischer Macht“* (ebd.), wodurch ökonomische und politische Macht in einer Symbiose zusammengeführt werden würden. Die neue Herrschaft formiere sich nun in der Netzwerkmacht des Empires. Sowohl Nationalstaaten, als auch supranationale Institutionen und transnationale Konzerne seien Knotenpunkte dieses Netzwerks, wobei eine unterschiedliche Machtverteilung zwischen den einzelnen Knotenpunkten bestehe (vgl. Hardt/ Negri 2004: 7). Die verschiedenen Knotenpunkte des Netzwerks würden gemeinsam agieren, sich gegenseitig ergänzen und sich z.B. bei Elitentreffen wie den in Davos aufeinander abstimmen (vgl. Hardt/ Negri 2004: 189). Die Nationalstaaten verschwänden dabei wohlgerne nicht etwa, sondern sie wirken laut Hardt/ Negri im Empire und für dieses fort: *„Wir sollten uns hier nicht in ermüdenden Debatten über Globalisierung und den Nationalstaat verlieren, die unterstellen, beides wäre notwendiger Weise unvereinbar. Wir vertreten hingegen die Auffassung, dass nationale Ideologen oder Regierungen heute einsehen, wie sie, um strategische Ziele zu verfolgen, nicht länger einzig und allein unter nationalen Vorzeichen denken und handeln und den Rest des Globus vergessen können. Die Regierung des Empire verlangt nicht, die nationalen Regierungen auszuschalten. Ganz im Gegenteil, die imperialen Regierungsgeschäfte werden in weiten Teilen durch die Strukturen und das Personal der dominanten Nationalstaaten geführt. Wirtschaftsminister oder Zentralbankchefs einzelner Nationalstaaten können auf der Grundlage imperialer und nicht nationaler Interessen im strengen Sinne handeln – und tun es auch häufig [...]; und ebenso führen nationale Militärs und Verteidigungsminister imperiale Kriege.“* (Hardt/ Negri 2004: 78 f., vgl. auch Hardt/ Negri 2004: 184).

⁴⁴ Michael Hardt/ Antonio Negri: Empire, Frankfurt am Main 2002

⁴⁵ Michael Hardt/ Antonio Negri: Multitude; Frankfurt am Main 2004

Die Hauptakteure der Veränderungen seien die neue transnationale Konzerne, welche Territorien biopolitisch⁴⁶ strukturierten: „Firmen- und Konzernaktivitäten sind nicht länger dadurch gekennzeichnet, dass sie ein abstraktes Kommando errichten oder schlichten Raub und ungleichen Tausch organisieren. Sie strukturieren und artikulieren stattdessen unmittelbar Territorien und Bevölkerungen. Sie arbeiten daran, aus Nationalstaaten bloße Instrumente zu machen, die die Waren-, Geld- und Bevölkerungsströme überwachen, die sie selbst in Bewegung gesetzt haben. Transnationale Konzerne verteilen unmittelbar die Arbeitskraft auf verschiedenen Märkten, stellen zielgerichtet Ressourcen bereit und organisieren die Hierarchie diverser Sektoren der weltweiten Produktion. Der komplexe Apparat, der über Investitionen entscheidet und finanzielle bzw. monetäre Manöver lenkt, bestimmt die neue Geographie des Weltmarkts oder vielmehr die neue biopolitische Struktur der Welt.“ (Hardt/ Negri 2002: 46). Früher hingegen wäre der globale Handel von den Nationalstaaten organisiert worden, während sie für diesen jetzt ist er nur noch ein Hindernis darstellten (vgl. Hardt/ Negri 2002: 163). Hier beginnen Hardt/ Negri jedoch, sich in Selbstwidersprüche zu verstricken. Wenn die (National-)Staaten nur noch Hindernisse für den kapitalistischen Weltmarkt sind, warum wollen die Konzerne diese dann als ihre Instrumente (als Teile des Empires) erhalten?⁴⁷ Und wieso sollten sie das auch unabhängig davon überhaupt wollen, wenn doch der Staat als ideeller Gesamtkapitalist gerade nötig ist, um die Einzelkapitale zu regulieren, damit die Bedingungen für den Kapitalismus nicht von ihnen untergraben werden? Gerade weil die Einzelkapitale dieses kapitalistische Gemeinwohl aus ihrer allein am eigenen Profit orientierten Perspektive nicht im Blick haben können, kommt ihnen jede staatliche Regulierung ja als furchtbare Beschränkung in der Verfolgung ihres Zweckes vor. Daher würde ein Staat, der ihr Instrument wäre, sie also nach ihren Interessen regulieren würde, dies folglich am Besten gar nicht machen, womit er jedoch überflüssig wäre. Diesen Widerspruch versuchen Hardt/ Negri durch ihren Neoliberalismusbegriff aufzulösen, in welchem seine beiden Seiten zusammenfallen sollen. Laut diesem gehen die Staaten auf die Wünsche des Kapitals ein, um dieses in Konkurrenz zueinander⁴⁸ bei sich zu halten, weshalb sie sich der Tendenz nach zu Instrumenten der Konzerne machen würden⁴⁹. Da auch dieser voraussetzende Gehorsam gegenüber den Wünschen des Kapitals eine Regulierung seiner darstelle, käme ihnen jedoch immer noch eine Regulationsfunktion zu (vgl. Hardt/ Negri 2004: 309 f.). Auch wenn es jedoch die eigene Regulationsentscheidung der Staaten ist, sich den Wünschen der Konzerne vorsorglich anzupassen, können sie damit freilich anders als von Hardt/ Negri (s.o.) behauptet, die Einzelkapitale nicht so (bzw. überhaupt nicht) beschränken, wie dies für den Kapitalismus insgesamt vorteilhaft wäre, eben weil die einzelnen Kapitale logischer Weise keine Einschränkung ihrer Aktivitäten wünschen. Von daher besteht ihr Selbstwiderspruch, trotz ihres Versuches seiner Auflösung im Neoliberalismusbegriff fort.

Es soll jetzt also das Empire die Rolle des ideellen Gesamtkapitalisten übernommen haben⁵⁰. Zugleich sei aber die neue globale Macht keine Widerspiegelung der klassischen staatlichen (vgl. Hardt/ Negri 2002: 23), sondern das Kapital schaffe sich mit ihr ein supranationales Gewohnheitsrecht und damit „[...] eine Art ‚global governance without government, eine globale Lenkung ohne Regierung‘“ (Hardt/ Negri 2004: 192). Auch hier existiert der Widerspruch, dass das Kapital sich seine eigenen Einschränkungen schaffen soll, wegen derer es doch gegen die Nationalstaaten in

⁴⁶ Gemeint ist damit vor allem, dass die Konzerne sich auch die Produzenten selbst herstellen. Wichtig und zentral sei dabei die Kommunikationsindustrie (vgl. Hardt/ Negri 2002: 46), über welche das Empire auch seine Legitimität herstelle, als „ein Subjekt, das sein eigenes Bild der Autorität produziert“ (Hardt/ Negri 2002: 48).

⁴⁷ Und woher soll eigentlich das Konfliktpotential zwischen diesen Knotenpunkten der imperialen Netzwerkhegemonie kommen, wenn es ihnen doch gemeinsam um deren Aufrechterhaltung geht?

⁴⁸ Auch hier stellt sich wieder die gleiche Frage: Woher kommt die Konkurrenz um das Kapital, wenn man doch ohnehin zusammen und mit diesem gemeinsam eine Empire bildet?

⁴⁹ Dann sind es aber nicht die Konzerne, welche darauf hinarbeiten. Wäre es hingegen deren Werk, ließe sich wieder der folgende Punkt nicht aufrechterhalten, dass die Staaten als Instrumente der Konzerne diese immer noch, zudem im Stile eines ideellen Gesamtkapitalisten, regulieren würden.

⁵⁰ „Die gegenwärtige Phase lässt sich deshalb tatsächlich keineswegs adäquat als ein Sieg kapitalistischer Unternehmen über den Staat beschreiben. Obwohl transnationale Konzerne und globale Netzwerke der Produktion und Zirkulation die Macht der Nationalstaaten unterminiert haben, sind staatliche Funktionen und konstitutionelle Elemente weiter wirksam, jedoch verschoben auf andere Ebenen und Felder.“ (Hardt/ Negri 2002: 318).

einen Machtkampf getreten sei. Zusätzlich soll es dann zur Regulierung jedoch immer noch auf die Nationalstaaten als Knotenpunkte der Netzwerkmacht im Rahmen des Empire angewiesen sein. So z.B. zum Schutz dieses Rechts vor Abweichungen (vgl. Hardt/ Negri 2004: 193), zur internationalen (auch militärischen) Absicherung der kapitalistischen Ökonomie und des Weltmarkts (vgl. Hardt/ Negri 2004: 200) und auch zum Schutz des Privateigentums in den Heimatmärkten als Basisvoraussetzung für die Existenz von Konzernen (vgl. Hardt/ Negri 2004: 192 f.). Letzteres zumal, da durch die immaterielle Arbeit (auf welche noch einzugehen sein wird) die Legitimität des Eigentums sinke, da digitale Daten beliebig oft kopierbar sind und das Patentrecht durch seine Exklusivierung ihrer den Fortschritt einschränke, weil somit weniger gemeinsame Produktion möglich sei etc. und es daher vermehrt durch Gewalt geschützt werden müsse (vgl. Hardt/ Negri 2004: 203 - 211).

Noch verwirrender wird es, wenn Hardt/ Negri auf einmal nicht mehr die transnationalen Konzerne, sondern die USA als treibende Kraft der Tendenz zum Empire hin ausmachen. Der Untergang des Ostblocks hätte diesen nämlich die Bildung einer imperialen Ordnung erlaubt (vgl. Hardt/ Negri 2002: 191). Schon vorher hätten die USA⁵¹ durch das Schaffen von internationalen Organisationen jenes internationale Recht geschaffen, das sie jetzt durchsetzen. Von diesen internationalen Organisationen seien sie dann nach dem Zerfall des Ostblocks um die Sicherung dieser Ordnung gebeten (vgl. Hardt/ Negri 2002: 192 f.). Demzufolge träte das Empire als eine Art gute Herrschaft auf, welche für Frieden und Gerechtigkeit stehe. Es brauche daher in seiner Selbstdarstellung nur Gewaltmittel, um sich gegen Barbaren (von außen) und Rebellen (von innen) zu schützen (vgl. Hardt/ Negri 2002: 26). Zentrales Indiz für die Rückkehr des Empire sei daher die Betonung des „gerechten Kriegs“, d.h. des Kriegs als Polizeiaktion zur Bewahrung der guten Herrschaft. Die Feinde seien in diesem einerseits „nur“ Objekte polizeilicher Kontrolle, andererseits würden sie aber als die moralische Bedrohung der Ordnung ausgemalt (vgl. Hardt/ Negri 2002: 28 f.). Auf diese Weise brächte das Empire in seiner Entwicklung den Ruf nach einer regelnden Autorität und somit die zu ihm führenden Zentralisierungstendenzen, also sich selbst, hervor (vgl. Hardt/ Negri 2002: 29 f.): *„Der Paradigmenwechsel ist also zunächst dadurch gekennzeichnet anzuerkennen, dass nur eine etablierte Macht, die im Verhältnis zu den Nationalstaaten überdeterminiert und relativ autonom agiert, in der Lage ist, als Mittelpunkt der neuen Weltordnung zu fungieren, sie wirksam zu regulieren und, wenn nötig, Zwang anzuwenden.“* (Hardt/ Negri 2002: 30).

Doch damit nicht genug. Beide Varianten können mit all ihren Unklarheiten und Widersprüchen nämlich bequem nebeneinander stehen, weil sie ohnehin nur den Auftakt zu einer weiteren Wende darstellen. Es sei nämlich die Multitude⁵² (Menge) – auch diese wird noch näher zu bestimmen sein - gewesen, welche das Empire durch ihre Kämpfe ins Leben gerufen hätte (vgl. Hardt/ Negri 2002: 57, sowie Hardt/ Negri 2002: 65). Oder in den eigenen Worten von Michael Hardt und Antonio Negri: *„Die Subjektivität im Klassenkampf verwandelt den Imperialismus zum Empire“* (Hardt/ Negri 2002: 247). Dies begründen sie damit, dass nach 1917 konnte der Kapitalismus wegen der Arbeiterkämpfe nicht mehr wie bisher weitergehen konnte, so dass ihm nur die Alternative Kommunismus oder Empire geblieben sei. Ausschließlich die USA konnten demzufolge mit dem New Deal und dessen Ausweitung auf die Welt nach dem 2. Weltkrieg - womit sie den Grundstein des Empire gelegt hätten - eine adäquate Antwort auf die Oktoberrevolution formulieren (vgl. Hardt/ Negri 2002: 253). Diese sei ein transparenter Kapitalismus, in dem der Staat für soziale Mobilität und Partizipationschancen sorgt, womit die ganze Gesellschaft unter Staat und Kapital subsummiert wird, gewesen. Auch die Verwirklichung des Weltmarkts wird nun dem gemäß umgedeutet. Während diese erst als Resultat des (scheinbaren) Gewinns der transnationalen Konzerne gegen die diese einschränkenden Nationalstaaten vorkam, soll sie nun in Wirklichkeit ebenfalls der Multitude entspringen. Die Multitude habe nämlich das Bedürfnis nach Deterritorialisierung und kämpfe daher

⁵¹ Zur Erinnerung: Vorher soll dieses noch ein Gewohnheitsrecht der transnationalen Konzerne gewesen sein.

⁵² *„In einer ersten Annäherung ist die Multitude als Zusammensetzung aus all jenen zu begreifen, die unter der Herrschaft des Kapitals arbeiten, und daher potenziell als die Klasse, die der Herrschaft des Kapitals widersteht.“* (Hardt/ Negri 2004: 124). Mit Multitude sind bei Hardt/ Negri nicht (mehr) nur die traditionellen (Industrie-)Arbeiter gemeint, weil das Kapital alle Formen der gemeinsamen (!) Produktion ausbeute (vgl. Hardt/ Negri 2004: 125).

um sie. Folglich müsse sich das Kapital sich dem Anpassen und dieses Bedürfnis im Zaum halten (vgl. Hardt/ Negri 2002: 136 f.). Durch die Mobilität der Bevölkerung ließen sich die Märkte nicht mehr getrennt voneinander regulieren, weshalb die kapitalistischen Regimes⁵³ einen Reformprozess einleiten mussten, um weiterhin den Weltmarkt regulieren zu können (vgl. Hardt/ Negri 2002: 265). Auf diese Weise entstünde „[...] ein globaler Quasistaat des Disziplinarregimes“ (Hardt/ Negri 2002: 267).

Selbst in seiner Entstehung soll das Empire also schon von der Multitude abhängig gewesen sein⁵⁴, welche folglich auch das Empire trage (vgl. Hardt/ Negri 2002: 13). So stünde das Empire zwar über der Menge und beherrsche sie; andererseits könne es jedoch nur durch Schmarotzen von deren Kreativität bestehen (vgl. Hardt/ Negri 2002: 74 f.). Das Empire sei also wie ein Parasit an der produktiven Arbeit der Multitude. Während die Menge durch ihre produktive Arbeit schaffe, Sorge das Empire herrschaftlich dafür, dass die Resultate dieser schöpferischen Praxis in geordneten Bahnen verlaufen (vgl. Hardt/ Negri 2004: 367 f.). Festsstellen lässt sich bis hierhin nicht nur eine moralische Unterteilung in „schaffend“ vs. „schmarotzend“, sondern auch, dass, um die Multitude als möglichst mächtig darzustellen, sehr prinzipielle innertheoretische Widersprüche in Kauf genommen werden. Dies drehen sie noch ein Stück weiter: „In Wirklichkeit nämlich kann die imperiale Macht die Menge nicht mehr im Zaum halten, sie kann nur noch deren allgemeine gesellschaftlichen und produktiven Fähigkeiten ihrer Kontrolle unterwerfen“ (Hardt/ Negri 2004: 233). Wegen dieser Einschränkung der Kreativität der Multitude stehe das Empire aber auch im Widerspruch zu deren schöpferischen Tätigkeit, auf die es jedoch angewiesen sei. Das Empire trage in seiner Entstehung deshalb bereits auch seinen Zerfall in sich (vgl. Hardt/ Negri 2002: 35 f.), denn es agiere notwendig wie ein Parasit, der seinen Wirt zerstört (vgl. Hardt/ Negri 2002: 369). Die Herrschaft sei somit nicht mehr konstituierend, sondern werde immer parasitärer und somit überflüssig. Komplementär dazu können laut Hardt/ Negri die Beherrschten die Gesellschaft immer mehr nach ihren Vorstellungen formen (vgl. Hardt/ Negri 2004: 370) Es wird also nicht nur auf die steigende Macht der Multitude hingewiesen, deren Kreativität vom Empire nicht mehr richtig beherrscht werden könnte, sondern diesem wird als Gegner in Folge daraus auch noch eine schlechte Zukunftsprognose ausgestellt, so dass sie zu folgender Schlussfolgerung kommen: „Das Empire behauptet, Herr dieser Welt zu sein, weil es sie zerstören kann. Was für eine Illusion! In Wahrheit nämlich sind wie die Herren dieser Welt, weil unser Begehren und unsere Arbeit sie fortwährend neu erschaffen.“ (Hardt/ Negri 2002: 394)

Es verwundert daher nicht, dass Hardt/ Negri den Übergang zum Empire unter dem Aspekt einordnen, dass dieser neue Emanzipationschancen böte, die in der Umgestaltung der Globalisierungsprozesse lägen (vgl. Hardt/ Negri 2002: 13). Das Empire stehe zwar ebenfalls für Gewalt und Ausbeutung, stelle aber einen historischen Fortschritt mit neuen Befreiungspotentialen dar, so dass man den Nationalstaat nicht gegen es verteidigen sollte (vgl. Hardt/ Negri 2002: 57), zumal es ob seines Bedeutungsverlustes ohnehin sinnlos geworden sei, die Macht in ihm ergreifen zu wollen (vgl. Hardt/ Negri 2002: 318). Da es im weltumspannenden und sich selbst reproduzierenden Empire kein Außen gäbe⁵⁵ und somit auch kein externer Standpunkt der Kritik möglich sei (vgl. Hardt/ Negri 2002: 46, sowie Hardt/ Negri 2002: 163), müsse man nach den Befreiungspotentialen in seinem Inneren suchen. Diese bestünden in der „Macht der Menge“ (Hardt/ Negri 2002: 59), weshalb es darum gehen müsse, die Unterdrückung der Menge „[...] in eine Möglichkeitsbedingung der Befreiung zu

⁵³ Es wird nicht näher ausgeführt, wer mit „kapitalistische Regimes“ gemeint ist. Jedoch liegt die Vermutung nahe, dass es sich dabei um die kapitalistischen Nationalstaaten respektive deren Regierungen handelt. Falls diese Interpretation zutrifft, hätte man nach den transnationalen Konzernen und den USA samt den von ihnen geschaffenen internationalen Organisationen jetzt noch einen dritten Akteur, welcher für die Entwicklung zum Empire hin verantwortlich sein soll ... selbstverständlich wie auch die ersteren als Getriebener der Multitude und ihrer Kämpfe.

⁵⁴ An dieser Stelle macht sich der operaistische Hintergrund Antonio Negris stark bemerkbar. In der Vorstellung des Operaismus macht das Kapital die Krise als Reaktion auf die Arbeiterkämpfe. Es will dann nicht mehr das Alte verteidigen, sondern sich produktiv erneuern und greift dazu auch auf die subversiven Strategien der Arbeiter zu, mit denen diese sich Arbeit sparen, um sich bezahlte Arbeit zu sparen. Hardt/ Negri schilden ähnliches in Hardt/ Negri 2002 135 f., sowie in Hardt/ Negri 2002: 272 – 279.

⁵⁵ Andererseits soll es sich nach Außen gegen Barbaren verteidigen (müssen) ... (s.o.).

verwandeln“ (Hardt/ Negri 2002: 61), also die Multitude wegen ihrer Unterdrückung dazu zu bringen, ihre Macht gegen eben diese zu wenden. Subjekt der Emanzipation hätte also die Multitude zu sein⁵⁶, weil sie das sie unterdrückende Empire erst ständig (re-)produziere und dieses daher nicht nur beseitigen könne, sondern auch das Potential für den Aufbau eines Gegen-Empires aufweise⁵⁷ (vgl. Hardt/ Negri 2002: 13).

Wie unschwer zu erkennen sein dürfte, soll diese Macht der Multitude aus ihrer Stellung in der Produktion resultieren (vgl. Hardt/ Negri 2002: 217 f.). Dies begründen Hardt/ Negri mit der neuen Hegemonie der immateriellen Arbeit. Immaterielle Arbeit wird dabei wie folgt definiert: *„Die meisten Dienstleistungen basieren auf einem kontinuierlichen Austausch von Informationen und Wissen. Da die Produktion von Dienstleistungen auf nicht-materielle und nicht-haltbare Güter zielt, definieren wir die Arbeit, die in diesem Produktionsprozess verrichtet wird, als immaterielle Arbeit – das heißt als eine Arbeit, die immaterielle Güter wie Dienstleistungen, kulturelle Produkte, Wissen oder Kommunikation produziert.“* (Hardt/ Negri 2002: 302; vgl. auch Hardt/ Negri 2002: 269). Mit anderen Worten wollen sie damit gesagt haben, dass der Dienstleistungssektor zentral für den postmodernen Kapitalismus sei⁵⁸, da dieser auch die Industrie nach seinem Bilde verändere (vgl. Hardt/ Negri 2002: 297). Die Hegemonie der immateriellen Arbeit(er) käme also nicht durch ihre Anzahl zustande, sondern weil alle andere Arbeit und auch die Gesellschaft nach ihrem Leitbild umgeformt werde (vgl. Hardt/ Negri 2004: 83 f., vgl. auch Hardt/ Negri 2004: 127 f.). Praktischer Weise biete nun gerade die immaterielle Arbeit einen *„möglichen neuen Kern der Revolte“* (Hardt/ Negri 2002: 44), denn: *„Die unmittelbar gesellschaftliche Dimension der Ausbeutung von lebendiger immaterieller Arbeit zeigt Arbeit eingetaucht in all die Verhältnisse, die das Gesellschaftliche ausmachen, doch zugleich werden die kritischen Momente beschleunigt, aus denen sich, über das gesamte System verteilt, die Potenziale der Insubordination und der Revolte entwickeln.“* (Hardt/ Negri 2002: 44). Dieses Potential habe seinen Grund darin, dass wegen der immateriellen Arbeit die Arbeitskraft für Produktion und Kooperation nicht mehr auf das Kapital angewiesen sei: *„Indem sie ihre eigenen schöpferischen Energien ausdrückt, stellt die immaterielle Arbeit das Potenzial für eine Art des spontanen und elementaren Kommunismus bereit.“* (Hardt/ Negri 2002: 305).

Ein weiterer Aspekt der Emanzipationschancen der immateriellen Arbeit sei, dass sie die Multitude erst hervorbringe⁵⁹. Weil das Kapital alle Formen der gemeinsamen (!) Produktion ausbeute (vgl. Hardt/ Negri 2004: 125), umfasse die Multitude nicht mehr nur die Industriearbeiter des klassischen Proletariats: *„Die gesellschaftliche Produktion findet heute ebenso innerhalb und außerhalb der Fabrikmauern wie innerhalb und außerhalb des Lohnarbeitsverhältnisses statt. Zwischen produktiven und unproduktiven Arbeitern verläuft keine gesellschaftliche Trennlinie.“* (Hardt/ Negri 2004: 155). Das heißt, dass z.B. auch die Hausfrauen, die Erwerbslosen und die Hungerleidenden in der 3. Welt zur Multitude gehören, denn die Grenze zwischen Erwerbslosigkeit und Erwerbstätigkeit werde verwischt. Jegliche Arbeitskraft weltweit ist in dieser Vorstellung ein Teil der gesellschaftlichen Produktion und wird vom Kapital ausgebeutet⁶⁰ (vgl. Hardt/ Negri 2004: 151 f.). Die Angleichung sämtlicher Arbeiten schaffe also die realen Gemeinsamkeiten, welche die Multitude erst ermöglichen (vgl. Hardt/ Negri 2004: 135). Wegen der gemeinsamen Ausbeutung durch das Kapital habe die Multitude dann auch das Potential sich gegen den Kapitalismus zu erheben⁶¹: *„In einer ersten*

⁵⁶ *„Politisches Handeln heute kann, wenn es ihm um Veränderung und Befreiung geht, nur die Multitude zu seiner Grundlage nehmen.“* (Hardt/ Negri 2004: 117)

⁵⁷ *„Die deterritorialisierende Macht der Menge ist die Produktivkraft, die das Empire erhält und zugleich die Kraft, die nach seiner Zerstörung ruft und dies möglich macht.“* (Hardt/ Negri 2002: 74)

⁵⁸ Selbiges gelte für dessen Mehrwertproduktion (vgl. Hardt/ Negri 2002: 43)

⁵⁹ Hier ist es dann wieder das Kapital, welches sich biopolitisch seine Arbeiter, also auch die Multitude, und nicht mehr die Multitude, welche das Empire samt den Kapitalen als seinen Netzwerkpunkten hervorbringt.

⁶⁰ Ausbeutung im Zeitalter der immateriellen Arbeit stelle sich wie folgt dar: *„Ausbeutung ist die private Aneignung eines Teils des Werts, der als Gemeinsames geschaffen wurde. Hergestellte Beziehungen und Kommunikation sind ihrer Natur nach gemeinsam, und doch gelingt es dem Kapital einen Teil ihres Reichtums privat anzueignen.“* (Hardt/ Negri 2004: 171)

⁶¹ An Ausbeutung hochzuhalten, dass sie erst ihre Überwindung ermöglicht, ist insofern ziemlich fragwürdig, als dass ohne Ausbeutung ja auch gar kein Grund zu ihrer Überwindung bestünde.

Annäherung ist die Multitude als Zusammensetzung aus all jenen zu begreifen, die unter der Herrschaft des Kapitals arbeiten, und daher potenziell als die Klasse, die der Herrschaft des Kapitals widersteht.“ (vgl. Hardt/ Negri 2004: 124).

Das Gemeinsame ergäbe sich jedoch nicht nur aus der gemeinsamen Erfahrung der Ausbeutung durch das Kapital, sondern werde innerhalb der Multitude auch durch die Kommunikation der Verschiedenen untereinander hervorgebracht (vgl. Hardt/ Negri 2004: 11). Die auf Kommunikation beruhende immaterielle Produktion bringe Gemeinsamkeiten (z.B. Sprache) hervor, auf deren Basis wieder Neues produziert wird, wodurch wieder Gemeinsamkeiten entstehen etc. (vgl. Hardt/ Negri 2004: 221 f., sowie Hardt/ Negri 2004: 239). Die Multitude könne daher „[...] *als ein Netzwerk aufgefasst werden: als ein offenes und breit angelegtes Netzwerk, das es zulässt, jegliche Differenz frei und gleich auszudrücken, ein Netzwerk, das die Mittel der Begegnung bereitstellt, um gemeinsam arbeiten und leben zu können.*“ (Hardt/ Negri 2004: 9). Zentral dabei sei die Aufrechterhaltung der Differenz **und** gemeinsames Agieren auf dieser Basis (vgl. Hardt/ Negri 2004: 9, sowie Hardt/ Negri 2004: 117 f.). Gelingt dies, sei die Multitude handlungsfähig und handele auf Basis dessen, was von all ihren Mitgliedern geteilt wird. Auf dieser Basis regiere sie sich selbst, weshalb in ihr nicht nur das Potenzial für die Überwindung des Kapitalismus, sondern auch für eine andere Gesellschaft, vorgestellt als Verwirklichung eines Demokratieideals, stecke: „*Die Multitude ist als einziges gesellschaftliches Subjekt in der Lage, Demokratie, das heißt die Herrschaft aller durch alle, zu verwirklichen.*“ (Hardt/ Negri 2004: 118). Hardt/ Negri betonen allerdings, dass es sich dabei eben nur um ihr Potential handele und nicht unbedingt um ihre derzeitige Konstitution (vgl. Hardt/ Negri 2004: 124). Dieses Potential könne zur wirklichen Multitude werden, aber sich auch wie jetzt spalten, hierarchisieren, kontrollieren und ausbeuten lassen (vgl. Hardt/ Negri 2004: 238). Die von ihnen gewünschte Entfaltung des Potentials könne nur durch gemeinsame Kämpfe entstehen, da sich Klassen als kollektives Ganzes durch diese konstituierten (vgl. Hardt/ Negri 2004: 122). Analog zur Produktion gilt also auch hier, dass aus Gemeinsamkeiten Kämpfe entstehen können und sollen, welche dann für noch mehr Gemeinsamkeiten sorgen, welche wiederum zu weiteren Kämpfen führen etc.

Auffällig dabei ist, dass es in Folge dessen auch bei Hardt/ Negri wieder mehr darauf ankommt, dass gekämpft wird, als für oder gegen welche Inhalte dies der Fall ist. Auf diese Weise können sie dann alle möglichen stattfindenden Ereignisse als zur Verwirklichung des Potentials der Multitude beitragende Kämpfe definieren. Damit nehmen sie jedoch von einer objektiven Analyse der jeweiligen Kämpfe Abstand und betrachten diese vielmehr unter dem Vorurteil, dass diese doch eine Chance für die Emanzipation zu sein hätten – eine Methode, die sich auch an anderen Stellen (s. z.B. die immaterielle Arbeit) in ihren Werken wiederfinden lässt. Besonders auffällig ist diese bei ihrer Einschätzung der Migration. Migration wird von ihnen als Widerstand durch Desertion aufgefasst (vgl. Hardt/ Negri 2002: 224). Migrationsbewegungen würden dabei die adäquate Form des Klassenkampfes darstellen, denn da das Empire global sei, könne es mit jeder Aktion irgendwo auf der Welt getroffen werden: „*Wenn es also keinen Ort mehr gibt, der als Außen gelten kann, so müssen wir an jedem Ort dagegen sein.*“ (Hardt/ Negri 2002: 223; vgl. auch Hardt/ Negri 2002: 71 f.). Fraglich ist allerdings, was die Flucht wenigstens aus dem größten Elend mit einem Kampf zu tun haben und wie aus ihr auch noch quasi-automatisch ein Fortschritt in der Selbstverwirklichung der Multitude in der Selbstbeherrschung resultieren soll. Wohin diese vorurteilsbeladene Methode führt, mit der man sich aus Prinzip affirmativ zu (angeblichen) Kämpfen stellt, weil man diese als Bestätigung der eigenen Theorie betrachtet, zeigt sich am deutlichsten in der völligen logischen Widersprüchlichkeit der Aussage, dass die neuen Kämpfe zwar schwächeln würden, weil sie (noch) nicht das Empire als gemeinsamen Gegner begreifen, sie dieses aber dennoch [!] direkt [??] attackieren und auf ein Gegenprojekt zielen würden (vgl. Hardt/ Negri 2002: 69 f.). Es ist Hardt/ Negri also egal, ob sich Kämpfe gegen das Empire richten, weil sie das qua Vorurteil ja ohnehin, dann eben unbewusst, machen. Andererseits soll es dann aber schon wichtig sein, dass sich die Kämpfenden ihre Theorie zu Eigen machen – sonst müssten Hardt/ Negri diese ja auch gar nicht erst mit ihr behelligen. Es wundert angesichts dieses Vorgehens auch nicht, dass Hardt/ Negri eine rein instrumentelle Stellung zu den Inhalten von Forderungen einnehmen. Da für eine Revolution die Menge zum politi-

schen Subjekt werden müsse, solle sie um die drei folgenden Forderungen kämpfen, welche bereits im Empire angelegt sind – es gibt ja kein Außen, von dem aus kritisiert werden könnte⁶². Auf diese Weise würde die Multitude zu einer mächtigen revolutionären Organisation werden, die sich erhebt (vgl. Hardt/ Negri 2002: 401). Die drei vorgeschlagenen Forderungen sind 1.) Weltbürgerschaft, 2.) ein sozialer Lohn, also ein garantiertes Grundeinkommen, für alle, da keine Trennung zwischen produktiver und reproduktiver Arbeit mehr möglich sei⁶³ und 3.) das Recht auf Wiederaneignung des gesellschaftlich Produzierten (vgl. Hardt/ Negri 2002: S. 404 - 416).

Paradox ist an diesen Forderungen schon, dass sie sich an eine Herrschaft richten, welche sie gewähren soll, sie aber gerade als wesentlicher Bestandteil zur Beseitigung ihrer verstanden werden. Zudem fällt auf, dass das Empire doch gar kein Weltstaat ist, es aber auf globaler Ebene die Rechte verleihen soll, die sonst gerne vom Nationalstaat gefordert werden. Bei der Forderung nach einem Weltstaatsbürgerschaftsrecht führt diese Transformation einer Forderung, welche sonst auf die Erlangung der staatsbürgerlichen Vorrechte gegenüber Nicht-Staatsbürgern (Aufenthaltsrecht, Wahlrecht, Arbeitsmarktzugang, ...) ⁶⁴ im jeweiligen Staatsgebiet zielt, besonders zu Widersprüchen. Denn die nationalstaatliche Einteilung durch das Staatsbürgerschaftsrecht dient doch gerade der Trennung von zugehörig und nicht-zugehörig. Wäre das Empire wirklich eine Art Weltstaat würde sich ein Staatsbürgerschaftsrecht daher fast erübrigen; ist er es nicht, kann er auch keins gewähren. Ein Existenzgeld hingegen setzt logisch voraus, dass man auch weiterhin auf Geld angewiesen ist, um die Trennung von den Mitteln der Bedürfnisbefriedigung zu überwinden. Das heißt aber auch, dass diese dann weiterhin wegen des Geldes, also als Ware, produziert werden würden. Zudem ist es fraglich, warum das hier als Quasi-Weltstaat vorgestellte Empire als den Kapitalismus absichernde Instanz diese Trennung erst aufherrschen sollte, nur um sie dann durch die Zahlung eines „sozialen Lohns“ gleich wieder ein gutes Stück aufzuweichen. Und dass man, wenn man sich den Mehrwert (wieder-)aneignen will, also gegen das Eigentumsrecht verstößt, ausgerechnet bei der Instanz, welche das Eigentum schützt, eine Erlaubnis (ein Recht) dazu fordert, entbehrt auch nicht einer gewissen unfreiwilligen Komik. Aber diese Forderungen sollen ja auch gar nicht inhaltlich Ernst gemeint sein, sondern ausgerechnet damit zum Kämpfen animieren, dass man gar nicht viel verändern, sondern nur bereits im Empire vorhandenen Tendenzen zum Durchbruch verhelfen müsse.

Wenn dem aber so wäre, würde sich jedoch die Frage stellen, warum die Multitude sich überhaupt wie von Hardt/ Negri gefordert in Gegnerschaft zum Empire setzen sollte, statt es einfach konstruktiv mitzugestalten. Das wird von den Autoren damit begründet, dass die Widerstandsbewegungen nicht nur die Abschaffung ihres Elends, sondern auch wirkliche Demokratie zum Ziel hätten⁶⁵ (vgl. Hardt/ Negri 2004: 85). Wirkliche Demokratie würde dabei als die Herrschaft aller anstatt Repräsentation verstanden werden (vgl. Hardt/ Negri 2004: 265 – 274). Der globale Krieg, welchen das Empire permanent zu seiner Aufrechterhaltung führe (vgl.: Hardt/ Negri 2002: 32, Hardt/ Negri 2002: 49 ff., Hardt/ Negri 2004: 9, sowie Hardt/ Negri 2004: 30), stelle dabei das Haupthindernis für die Demokratie, also das Projekt der Multitude, dar (vgl. Hardt/ Negri 2004: 7). Dies zum einen deswegen, weil die sozialen Bewegungen in ihm als die „gefährlichen Klassen“ zum Objekt kriegereischer Polizeieingriffe des Empires werden würden (vgl. Hardt/ Negri 2004: 30) und zum anderen, weil im Krieg Autorität statt Demokratie zähle. Wegen des permanenten Kriegs sei dies jetzt permanent so, statt nur vorübergehend (vgl. Hardt/ Negri 2004: 33 f.)⁶⁶. Daher gälte: „*Das Bedürfnis*

⁶² Aus dieser Warte wird auch das bekämpfte Empire zu einer einzigen Chance für die Emanzipation von ihm.

⁶³ So wäre z.B. durch den Niedergang der Fabrikarbeit nicht mehr zu bestimmen, wann der Arbeitstag anfängt und wann er aufhört (vgl. Hardt/ Negri 2002: 409)

⁶⁴ Im Sinne einer Überwindung des Kapitalismus, wie die Forderung von Hardt/ Negri gedacht ist, gibt sie freilich nichts her. Es sind ja (fast) alle Menschen Staatsbürger, ohne dass das im Geringsten etwas am Kapitalismus ändern würde. Dies wäre ja auch äußerst unlogisch, weil die Nationalstaaten ja auch bei Hardt/ Negri als den Kapitalismus sichernde Instanzen verstanden werden.

⁶⁵ Das, was in der Multitude nur als Potential angelegt sein soll und erst durch soziale Kämpfe zu sich selbst kommen müsse, soll hier also schon das Ziel der Kämpfe sein.

⁶⁶ So verschieden scheinen die reale Demokratie und das Demokratieideal von Hardt/ Negri, welches sie in den Bewegungen vermuten, also doch nicht zu sein.

nach Demokratie fällt unter den gegenwärtigen Bedingungen unmittelbar mit dem Bedürfnis nach Frieden zusammen.“ (Hardt/ Negri 2004: 85). Daher sollten sich die Bewegungen gegen das Regime richten, welches den permanenten Kriegszustand schaffe (vgl. Hardt/ Negri 2004: 85 f.).

Um ihren Zweck, die wirkliche Demokratie, erreichen zu können, müssten sich die Bewegungen als Netzwerk organisieren. Dies geböte schon die Effektivität, da die Netzwerkorganisation ein gemeinsames Führen von Kämpfen ohne die Aufgabe von Differenzen erlaube. Als bestes Beispiel dafür könnten die Proteste von Seattle gelten (vgl. Hardt/ Negri 2004: 244 f., sowie Hardt/ Negri 2004: 319). Noch wichtiger sei die netzwerkförmige Organisation, um Demokratie und somit eine Alternative zum Empire zu erschaffen. Auf diese Weise würden in den Bewegungen Zweck und Mittel zusammenfallen: „[...] *es geht um den strategischen Übergang, der das Proletariat dazu führt, die Form der Multitude anzunehmen, ein Netzwerkkörper zu werden. Die Form der Organisation muss die ganze Macht der heutigen biopolitischen Produktion entwickeln und zugleich das Versprechen einer demokratischen Gesellschaft vollkommen verwirklichen.“ (Hardt/ Negri 2004: 108). Auf diese Weise unterscheidet man sich auch vom bekämpften Krieg gerade dadurch, dass man keine Autorität zur Kriegsführung etabliere, sondern das Ziel (Demokratie) auch in den Mitteln präsent sein ließe (vgl. Hardt/ Negri 2004: 380). Wie wegen der Betonung dessen, dass überhaupt gekämpft wird, schon zu vermuten war, kommt es Hardt/ Negri also hauptsächlich auf die Form der Kämpfe an. Schließlich formiere sich die Multitude auf diese Weise selbst. Somit könne sie durch das Empire hindurchgehen und sich anschließend selbst regieren (vgl. Hardt/ Negri 2004: 119). Auch der auf diese Weise zu verwirklichenden wirklichen Demokratie attestieren Hardt/ Negri, dass diese in den von ihnen ausgemachten aktuellen kapitalistischen Entwicklungen bereits eine gute Basis habe. Schließlich wäre sie nichts, was getrennt von der immateriellen Produktion ablaufe, sondern dieser geradezu immanent: „*Die Tatsache, dass biopolitische Produktion zugleich ökonomisch und politisch ist, das heißt, dass sie unmittelbar soziale Beziehungen schafft und dass sie die Grundlagen für eine konstituierende Macht bereitstellt, verhilft uns zu der Erkenntnis, dass die Demokratie der Multitude [...] so gut wie gar nichts mit ‚direkter Demokratie‘ im traditionellen Sinne zu tun hat, bei der jeder von uns Lebens- und Arbeitszeit opfern müsste, um ständig über jede politische Abstimmung zu können. [...] Die biopolitische Produktion bietet uns die Möglichkeit, die politische Arbeit der Schaffung und Aufrechterhaltung sozialer Beziehungen gemeinsam in den gleichen kommunikativen, kooperativen Netzwerken sozialer Produktion zu verrichten und nicht auf endlosen abendlichen Sitzungen.“ (Hardt/ Negri 2004: 385 f.). Auch darin ist Hardt/ Negri also alles eine einzige Chance für die Emanzipation.**

Wertkritik & Zusammenbruchstheorie

Die Wertkritiker bestimmen den Staat klassisch marxistisch als „ideellen Gesamtkapitalisten“ (vgl. Kurz 2005: 39)⁶⁷. Auch wenn seine Aktivitäten gemeinhin als außerökonomische diskutiert werden würden, seien gerade diese für das Funktionieren des Kapitalismus’ notwendig, weil das Kapital sich nur um seine Vermehrung, und gerade deshalb nicht um die (Re-)Produktion der gesellschaftlichen Bedingungen dieser kümmere. Dies fange schon damit an, dass der Staat die Menschen zwingen, sich vom Kapital verwerten zu lassen: *„Erst der moderne Staat ist es, der durch seine Apparate der (offenen oder ‚stummen‘) Repression und Menschenverwaltung dafür sorgt, dass die Bevölkerung eines Territoriums als Material des kapitalistischen Verwertungsprozesses nicht nur definiert, sondern diese Definition auch durchgesetzt, durchgehalten und zur Gewohnheit gemacht werden kann.“* (Kurz 2005: 38). Zudem Sorge der Staat für die Bereitstellung der Infrastruktur, welche für die Einzelkapitale nicht profitabel ist und schränke durch seine gesetzlichen Rahmenbedingungen die Zerstörung der Bedingungen des Kapitalismus (Arbeiter, Natur, Konkurrenz, ...) durch die Einzelkapitale ein. (vgl. Kurz 2005: 36 ff., sowie Trenkle 2004: 64 f.⁶⁸). Historisch betrachtet hätte sich zwar der Staat den Kapitalismus geschaffen, jedoch hätte sich die für diesen maßgebliche Wertverwertung zum Selbstzweck verselbstständigt und damit den Staat zu seinem Mittel gemacht (vgl. Kurz 2005: 38). Logisch wie historisch sei der Staat also ein Mittel des Kapitalismus, welches daher weder ohne ihn existieren, noch über ihn hinausweisen könne (vgl. Trenkle: 65). Gleichwohl sei er als Mittel des Kapitalismus für dessen Funktionieren unabdingbar. Auf dieser Bestimmung liegt jedoch keineswegs der Schwerpunkt der Wertkritiker, wenn sie den Staat behandeln, da sie diese mittlerweile für historisch überholt halten. Durch die Transnationalisierung der Produktion ergäbe sich nämlich *„[...] eine völlig neue Konstellation: Der Staat, der seinem Wesen nach immer nur [...] ein Nationalstaat sein kann, sitzt nicht mehr auf einer kohärenten Nationalökonomie als deren zusammenfassende Instanz auf, sondern er sieht sich unvermittelt einer transnational zerstreuten Betriebswirtschaft gegenüber. [...] Der Staat erscheint im Vergleich mit seiner einstigen Funktion gewissermaßen als ökonomisch entleert; er ist zu einer schlaffen und sozialökonomisch in sich zusammenfallenden politischen Hülle geworden. Insofern büßt er jene spezifische Qualität aller modernen Staatlichkeit auf Basis des warenproduzierenden Systems ein, die Marx als Funktion eines ‚ideellen Gesamtkapitalisten‘ bezeichnet hat.“* (Kurz 2005: 103).

Dieser Wegfall seiner ökonomischen Grundlage zwingt ihn zur Standortkonkurrenz. Weil er möglichst große Teile des global fließenden Kapitals an sich binden müsse, gehe er der Tendenz nach seiner Fähigkeit, diesen Einschränkungen aufzuerlegen, verlustig. Da er dieses mit Vorteilen für es anlocken müsse, kehre sich das Souveränitätsverhältnis zwischen Staat und Einzelkapitalen quasi um: *„Die unmittelbar global agierenden Unternehmen treten dem Staat gegenüber als ‚souveräne‘ Instanz auf; der Staat verhält sich umgekehrt in gewisser Weise als wie ein konkurrierendes Unternehmen, das Kapital als ‚Kundschaft‘ auf sich ziehen, seine Kosten möglichst radikal senken, für sich werben muss usw.“* (Kurz 2005: 135 f.; vgl. auch Trenkle 2004: 68 f.). Weil der Staat jedoch kein Unternehmen sei, sondern höchstens einige von dessen Gefahren imitieren könne, zeige diese Verkehrung auf, wie weit die finale Krise des Kapitalismus⁶⁹ mittlerweile fortgeschritten sei (vgl. Kurz 2005: 136 f.). Diese Umkehrung des Verhältnisses von Staat und Kapital könne jedoch nicht funktionieren, eben weil der Staat aus den genannten Gründen unverzichtbar für die Selbstverwertung des Werts sei, weshalb sie die Zusammenbruchskrise weiter vorantreibe. Ohne eine ihn überwindende Bewegung träte der Staat jedoch trotz seines Souveränitätsverlustes nicht einfach ab, sondern er zerfalle, wie der Kapitalismus auch, in „Verwilderungsformen“ (vgl. Kurz 2005: 111 f.). Diese träten als „Plünderungsökonomie“ auf, d.h., dass gesellschaftliche Substanz wie z.B. die Inf-

⁶⁷ Robert Kurz: Das Weltkapital, Berlin 2005

⁶⁸ Norbert Trenkle: Antipolitik in Zeiten kapitalistischen Amoklaufs; in: Lohoff et. al. (Hg.): Dead Men Working, Münster 2004, S. 62 - 84

⁶⁹ Die Zusammenbruchstheorie der Wertkritik behauptet, dass wegen des mit der Mikroelektronik einhergehenden Produktivkraftanstiegs die Lohnarbeit immer überflüssiger werde, jedoch die Selbstverwertung des Werts auf dieser beruhe (vgl. Trenkle 2004: 65 f., sowie ausführlicher Robert Kurz: Die Himmelfahrt des Geldes, online verfügbar unter: <http://tinyurl.com/u4mks> ; letzter Zugriff: 29.11.2006)

rastruktur an private Investoren verkauft wird, um kurzfristig für ein wenig mehr Kapitalverwertung zu sorgen. Gleichzeitig würden im Zuge dessen nach und nach sämtliche sozialen Leistungen des Staats abgebaut werden (vgl. Trenkle 2004: 72 ff.) Die Staaten des Zentrums und der Peripherie würden sich dabei lediglich darin unterscheiden, von wie viel gesellschaftlicher Substanz sie zehren konnten und teilweise noch können (vgl. ebd., sowie Trenkle 2004: 67). Gerade in den Staaten der Peripherie sei es daher mittlerweile zum Bürgerkrieg der Banden gekommen. Eben weil der Markt weggebrochen sei, würden sie sich die Güter der modernen Warenproduktion gewaltsam aneignen, um mit ihnen der bürgerlichen Angeberei mit Statussymbolen zu fröhnen. Die sich bekriegenden Banden würden sich dabei auch aus dem (ehemaligen) Staatsapparat dieser „failing states“ rekrutieren, welche die Reste ihrer Machtpositionen für die persönliche Bereicherung im Rahmen des Bandenwesens einsetzen würden (vgl. Kurz 2003: 48 – 52)⁷⁰.

Dem gegenüber positionieren sich, so Robert Kurz, die Staaten des Zentrums (noch) als Garanten des Kapitalismus' gegen die plündernden Banden. Weil das Kapital in der finalen Krise auf jedes noch irgendwie mögliche Geschäft zugreifen wolle (also auch auf welche in den „failing states“), müsse der Kapitalismus von ihnen per Intervention gegen diese abgesichert werden (vgl. Kurz 2003: 104 f.). Daher könne man die NATO mit dem Welthegeemon USA an der Spitze⁷¹, in Analogie zum Staat als „ideellen Gesamtkapitalisten“, als einen „ideellen Gesamtimperialisten“ bezeichnen (vgl. Kurz 2003: 36). *„Der ‚ideelle Gesamtimperialismus‘ der NATO ist daher im wesentlichen ein Sicherheitsimperialismus: Die Sicherheit der insularen⁷² Geschäftsabläufe transnationaler Wertschöpfungsketten, Rohstofflieferungen, Geldanlagen usw. in den ansonsten unbrauchbaren Weltterritorien soll unter Ignoranz gegenüber der jeweiligen gesamtgesellschaftlichen Reproduktionsunfähigkeit gewährleistet werden.“* (Kurz 2003: 106). Auch hierbei gälte es freilich zu beachten, dass die finale Krise und somit ebenfalls die Plünderungsökonomie längst auch den freien Westen erreicht hätten. Diese sei jedoch ebenfalls bloß ein Auslaufmodell, weil sie lediglich von bereits geschaffenen kapitalistischen Werten zehre und somit an diese gebunden bleibe, jedoch nicht in der Lage ist, selbst welche im zu ihrer Reproduktion nötigem Maße hervorzubringen (vgl. Kurz 2003: 315). Statt also aus sich selbst heraus eine Lösung für die Krise finden zu können, würden sich der zerfallende Kapitalismus und die zerfallenden Staaten notwendig nur gegenseitig immer tiefer in diese hineinreißen: *„Kapitalismus geht nicht ohne Souveränität, und der Kapitalismus selbst zerstört die Souveränität irreversibel. Es gibt keine neue formationsgeschichtliche Entwicklungsstufe des Kapitalverhältnisses, mit der man sich arrangieren könnte [...]. Die unheilbare Krise der Ökonomie führt zur ebenso unheilbaren Krise der Politik, und diese schlägt wieder auf die Ökonomie zurück usw.“* (Kurz 2003: 319 f.).

Die von ihnen postulierte Zusammenbruchskrise des Kapitalismus wird den Wertkritikern nun zum zentralen Moment des Umgangs mit den real existierenden Bewegungen. Dabei halten sie zunächst fest, dass die mit der finalen Krise des Kapitalismus einhergehende Verelendung überhaupt erst (wieder) zu ernstzunehmenden Widerstand geführt habe; „zu unerträglich“, so Norbert Trenkle, wäre *„die weltweite Spirale der Verelendung, die vom kapitalistischen Krisenprozess in Gang gesetzt wurde.“* (Trenkle 2004: 62). Diese Kämpfe werden von ihnen auch durchaus mit Sympathie betrachtet – nicht nur, weil (s.o.) ihrer Ansicht nach der Zusammenbruch von Staat und Kapitalismus ohne eine emanzipatorische Bewegung, welche diese überwindet, in die völlige Barbarei führen würde sondern auch, weil es angesichts der fortschreitenden Verelendung auch absolut nötig und vernünftig sei, sich gegen diese zu wehren, z.B. auch durch Kämpfe um den Erhalt von Sozialleistungen (vgl. Kurz 2005: 471). Zudem seien alleine schon die Kämpfe als solche bewusstseinsbildend seien: *„Gerade nach langen Jahren, in denen sozialer Widerstand und Protest wie gelähmt schienen, sind die Kampferfahrungen selbst und die damit einhergehenden Effekte der Selbstorga-*

⁷⁰ Robert Kurz: Weltordnungskrieg, Bad Honnef 2003

⁷¹ Laut Robert Kurz vertreten die USA einen neuartigen Imperialismus, welcher sich nicht mehr auf Kolonien, sondern auf Aufrechterhaltung und Ausweitung des Weltkapitalismus richte. Die europäischen Staaten seien über die NATO in dieses Projekt eingebunden und könnten höchstens um Einfluss in dieser konkurrieren. (vgl. Kurz 2003: 36).

⁷² Gemeint sind damit die „Inseln“, in denen noch einigermaßen funktionierende Selbstverwertung des Kapitals stattfände (vgl. Kurz 2003: 104).

nisation und der Solidarisierung (auch und nicht zuletzt auf der Ebene des Alltags) gar nicht hoch genug einschätzen. Das die Individualisierung und die Alltagskonkurrenz in den sozialen Bewegungen durchgebrochen wurde, dies allein stellt einen Fortschritt gegenüber den vielen Jahren oppositioneller Windstille dar.“ (Trenkle 2004: 63). Diese Wertschätzung der „Selbstorganisation“ getrennt vom Inhalt dessen, was da selbst organisiert wird, rührt daher, dass nach Meinung der Wertkritiker die Bewegung eine Alternative zum zusammenbrechenden Kapitalismus aufzeigen müsse, wenn sie erfolgreich sein wolle⁷³. Weil diese in einer „*genossenschaftlichen Selbstverwaltung auf der gesamtgesellschaftlichen Ebene*“ (Kurz 2003: 437 f.) liegen soll, wird von ihnen in der „Selbstorganisation“ innerhalb der real existierenden Kämpfe ein Schritt in diese Richtung gesehen.

Einerseits ähneln sie darin also durchaus den anderen hier besprochenen Theorieströmungen. Andererseits hält dann jedoch Robert Kurz schon noch fest, dass der Kampf ums Zurechtkommen im Zusammenbruchskapitalismus und der Kampf um seine Überwindung zwei verschiedene Kämpfe seien und sich die Bewegung mit dieser nötigen Doppelgleisigkeit arrangieren müsse (vgl. Kurz 2005: 471). Roswitha Scholz warnt davor, die „*Theorie/ Wissenschaft letztlich zum Knecht der Bewegung*“ zu machen, statt mit dieser kritisch in die Bewegung zu intervenieren, um deren Fehler abzustellen (Scholz 2005: 246)⁷⁴. Zudem befürchtet sie einen Rückfall in „*traditionell-nationale Politikmuster*“ seitens der Bewegung (vgl. Scholz 2005: 244) und auch Norbert Trenkle hält es für fraglich, ob sich aus dem enttäuschten Staatsidealismus der Bewegung nicht die Suche nach Schuldigen entwickelt, was zu Rassismus, Verschwörungstheorien etc. führen könne (Trenkle 2004: 81). Und an einer (tauglichen) Kapitalismuskritik mangle es der „*Antiglobalisierungsbewegung*“ ohnehin, wie Roswitha Scholz ausführt: „*Jedenfalls findet [in der „Antiglobalisierungsbewegung“; M.D.] keinerlei radikale Infragestellung der kategorialen Grundlagen des Kapitalismus [...] statt. Ein Wesen des Kapitalismus erscheint nicht in diesen begrenzten Kritiken, oder wenn, dann stets nur im Sinne eines äußeren Herrschaftsverständnisses oder in subjektivierenden und moralisierenden Zuschreibungen. Ebenso wenig reflektiert wird die historische Prozesshaftigkeit des Kapitalismus bis zum ‚Kollaps der Modernisierung heute, sondern der ‚Neoliberalismus‘ [...] scheint als bloßes Produkt politischer Machenschaften.*“ (Scholz 2005: 243 f.; vgl. auch Trenkle 2004: 68, sowie Kurz 2005: 22 f.). Dass sich Bewegungen nicht (quasi-)automatisch emanzipatorisch entwickeln, ist den Wertkritikern also durchaus bekannt (explizit Trenkle 2004: 64). Statt mit diesen nun aber in einen Streit über die korrekte Staats- und Kapitalismuskritik einzutreten, soll ihnen aufgezeigt werden, dass diese wegen der Zusammenbruchskrise des Kapitalismus innerhalb seiner unerfüllbar seien⁷⁵, weswegen sie sich gegen den Kapitalismus selbst wenden müssten. Die Bewegung demonstriert für Frieden? Klar, ganz sympathisch, wer will schon Bomben auf den Kopf bekommen? Aber wegen der finalen Krise kommt es notwendig zu den Bürgerkriegen der Plünderungsbanden und den Weltordnungskriegen der NATO dagegen. Die Bewegung demonstriert gegen den Abbau von Sozialleistungen? Äußerst verständlich, wer will sich schon mit ALG II durchschlagen und dafür noch Ämterschikanen in Kauf nehmen müssen? Aber weil der Staat seine kapitalistische Basis und somit auch seine Souveränität verloren habe und daher dem Kapital jetzt völlig zu Diensten sein muss, kann der gar nicht anders etc. pp. Auf dieser Logik basiert die Bewegungsintervention der Wertkritik, oder in den Worten von Robert Kurz: „*Die Aussichtslosigkeit der Alternativen, wie sie aus dem modernen warenproduzierenden System noch hervorgehen, legt mit immer größerem Nachdruck die Kritik des kategorialen Zusammenhangs selbst nahe, in dessen Grenzen sich alles bisherige Denken und Handeln der Moderne bewegt hat. [...] Die Moderne, das heißt die Realmetaphysik der Wertform oder das Fetischverhältnis des Kapitals, kann auf keiner Weise ‚neu*

⁷³ Diese Forderung ist verdächtig. Einmal angenommen, jemand habe es sich einleuchten lassen, dass sein Elend im Kapitalismus und dessen Zusammenbruch begründet liege. Wozu soll dieser dann noch eine Alternative brauchen, um gegen diese Gründe seines Elends aktiv zu werden? Zu vermuten ist daher, dass mit dieser Alternative Leute angelockt werden sollen, auch wenn sie diese Kritik nicht teilen.

⁷⁴ Roswitha Scholz: *Differenzen der Krise – Krise der Differenzen*, Bad Honnef 2005

⁷⁵ Wohl gemerkt: um sie kämpfen sollen sie trotzdem, s.o. Dass das seinen Grund darin habe, dass das Elend abgemildert werden solle, lässt sich dann jedoch nicht mehr behaupten, wenn die Forderungen an Staat und Kapital ohnehin unmöglich erfüllt werden können. Es liegt daher die Vermutung nahe, dass es hier weniger um die Linderung des Leidens, als vielmehr überhaupt um das Schaffen und Aufrechterhalten einer Bewegung geht. Schließlich soll man in dieser ja auch getrennt von ihrem Inhalt Selbstorganisation lernen und wertkritische Interventionen in sie mitbekommen.

erfunden', sondern nur noch überwunden werden. (Kurz 2003: 434; vgl. auch Kurz 2005: 471, sowie Trenkle 2004: 84)“

Es wird von wertkritischer Seite also eine prinzipielle Übereinstimmung mit den Forderungen der Bewegung vorgetäuscht. Zu so einer prinzipiellen Zustimmung zu den Forderungen der Bewegungen kommt man mit deren prinzipieller Staats- und Kapitalismuskritik nicht ohne Heuchelei. Schließlich sind Frieden und Sozialleistungen keineswegs etwas sind, was außerhalb von Staat und Kapital bestünde. Diese Forderungen werden von den Wertkritikern jedoch nicht mit ihrer Kritik der kapitalistischen Gesellschaft und des bürgerlichen Staat gekontert, sondern lediglich daran blamiert, dass diese leider wegen der finalen Krise des Kapitalismus im Kapitalismus nicht realisierbar seien und (erst) deswegen eine Gegnerschaft zu ihm anstünde. Somit wird über die Betonung der Zusammenbruchskrise dann doch ein recht großer Teil der inhaltlichen Gegnerschaft der Wertkritiker zu den Bewegungen verschwiegen⁷⁶. Zuviel der Kritik würde von ihnen wohl als untauglich angesehen werden, um die verschiedenen Kämpfe zu einem Programm einer ‚Aufhebung des Staates‘ zusammenzubringen, um die Utopie gegen den Kapitalismus als gemeinsamen Gegner durchzusetzen, wie es Norbert Trenkle fordert (vgl. Trenkle 2004: 82).

⁷⁶ Oder anders: erst die von postulierte Zusammenbruchskrise wird für sie zum Argument, sich gegen den Kapitalismus zu engagieren. Gegen einen Kapitalismus, in dem Frieden und Sozialleistungen gegen den Staat durchgesetzt werden können, weil der nicht auf eine finale Krise des Kapitalismus eingehen muss, haben sie ja mit dieser Agitation nichts einzuwenden.